

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen  
den vergangenen 3 Wochen

Nr. 9

vom 3. April 2009

Redaktion: Katja Richardt

## Bund

857. Sitzung des Bundesrates.....3

## Inneres

Dritter Runder Tisch für mehr Sicherheit im Bereich der Reeperbahn: Glasflaschen werden  
verbannt.....5

Innensenator Christoph Ahlhaus fordert bundesweites Waffenregister nach Hamburger  
Vorbild.....8

Verkehrssicherheits-Kampagne „Runter vom Gas!“ .....10

## Wirtschaft

Standortfaktor familienfreundliche Wirtschaftspolitik.....12

Hamburger Erörterungstermine zur Fahrrinnenanpassung abgeschlossen .....14

Senator Gedaschko setzt ersten Spatenstich für das neue Food Logistics Terminal.....15

Wirtschaftssenator Gedaschko: Schifffahrtskrise gemeinsam durchstehen .....16

Wirtschaftsbehörde: 500.000 Euro für Forschungsprojekt der Eppendorf AG.....17

## Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Baubeginn des „Hamburg Hauses“ für die EXPO 2010 .....19

Nachhaltig Bauen auf höchstem ökologischen Niveau .....20

## Umwelt

Über 2100 Städte beteiligen sich an der WWF-Kampagne – Hamburg ist dabei .....22

Volkspark, Tunneltal, Magellan-Terrassen.....24

Hamburg wird Zentrum für emissionsfreie Mobilität .....26

Hamburg wirbt für umweltfreundlichen Schiffsverkehr .....29

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Gemeinschaftsprojekt von EU, Agentur für Arbeit und der Freien und Hansestadt Hamburg  
bringt jugendliche Flüchtlinge in betriebliche Ausbildung.....30

Grundschulen bereiten Primarschule vor.....33

Bildungssenatorin ehrt Hamburger Schülerzeitungen.....38

Neue Oberstufenprofile sind online.....39

Referentenentwurf zur Schulgesetznovelle vorgelegt .....	40
Referentenentwurf zur Schulgesetznovelle online .....	45
<b>Soziales und Familie</b>	
Tipps für eine familienbewusste Personalpolitik .....	46
Hamburg erhält Pflegestützpunkt speziell für behinderte Kinder und Jugendliche .....	47
Neue Schuldnerberatungsstelle für Eimsbüttel .....	49
Mehr Teilhabe für ältere Menschen mit Behinderung .....	50
Pflegestatistik beweist: Ausbildung geht!.....	51
Integrationsbeirat begrüßt Einbürgerungskampagne .....	52
<b>Gesundheit</b>	
Verbraucherwarnung: Dioxin in Schafleber.....	54
Bisher kein Melamin in importierten chinesischen Lebensmitteln nachgewiesen .....	55
<b>Wissenschaft und Forschung</b>	
HCU-Neubau wird nicht teurer als geplant.....	57
Neue Krebsforschungs-Firma in Hamburg.....	59
Perspektiven für die Universität Hamburg.....	61
Wissenschaftsförderungsgesetz beschlossen .....	64
<b>Kultur</b>	
Stadtteilkulturpreis 2009 an „East Side Story“ .....	69
<b>Sport</b>	
Hamburg bewirbt sich um Ruder World Cup 2011 und die Ruder Europameisterschaft 2011	70
<b>Personen</b>	
Neuer betriebswirtschaftlicher Geschäftsführer bei der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten .....	71
<b>Zur Information</b>	
Deutschlandweites Projekt „Einheitliche Behördennummer 115“ startet am 24. März 2009 auch in Hamburg .....	72
Terminkalender .....	75

# Pressestelle des Senats

02.04.2009/br02

**An der 857. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 3. April 2009, nehmen Bürgermeister Ole von Beust , Senator Axel Gedaschko und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teil.**

Die Tagesordnung des Bundesrates umfasst Punkte 62.

## **Zentrales Nationales Waffenregister nach Hamburger Vorbild**

In einem Plenarantrag fordert Hamburg die Einrichtung eines computergestützten nationalen Waffenregisters deutlich vor Ablauf der EU-Umsetzungsfrist. Bis zum 31. Dezember 2014 müssen nach der EU-Waffenrichtlinie in einem bundesweiten Waffenregister alle Waffen und die Personendaten des Verkäufers sowie des Waffenbesitzers geführt werden. Hamburg ist das erste Bundesland, in dem bereits jetzt ein vollständiges elektronisches System zur Verfügung steht, das nicht nur Waffenregister ist, sondern der Polizei bei Einsätzen und Ermittlungsaufgaben wertvolle Informationen liefert und außerdem alle Erlaubnisinhaber regelmäßig automatisch überprüft. Dabei kann Hamburgs Waffennachweisdatei (WANDA) bereits heute sehr viel mehr als die Europäische Union für ein deutschlandweites Register vorschreibt. So werden beispielsweise in der Hamburger Datei auch Waffen- und Munitionsbesitzverbote gespeichert. Aufgrund der guten Erfahrungen mit dem eigenen hochmodernen System bittet Hamburg die Bundesregierung zudem um Prüfung, ob über die in der EU-Waffenrichtlinie genannten Datensätze hinaus auch weitere Daten, insbesondere Waffen- und Munitionsbesitzverbote, aufgenommen werden sollten.

Hamburg setzt sich im Bundesrat auch dafür ein, dass das Verbot des Umgangs mit bestimmten Waffen für Munition, die auch Schutzwesten durchbricht, unter Strafe gestellt wird.

## **Hamburg begrüßt steuerliche Entlastung der Bürger für Vorsorgeaufwendungen**

Der Bundesrat wird am Freitag auch über das Bürgerentlastungsgesetz beraten. Nach den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts muss die Abziehbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen bis zum 1. Januar 2010 neu geregelt werden. Der Gesetzentwurf sieht u. a. vor, dass Krankenversicherungsbeiträge auf Höhe des sozialhilferechtlich gewährleisteten Leistungsniveaus in voller Höhe absetzbar sind. Dies wird zu einer erheblichen steuerlichen Entlastung der Bürger führen.

## **Bundesrat stärkt Rechte der Opfer von Straftaten**

Hamburg unterstützt den Entwurf des Opferrechtsreformgesetzes, mit dem die Rechte der Opfer und Zeugen in einem Strafverfahren verbessert werden sollen. Durch eine

Ausweitung der Nebenklage auf weitere Delikte, werden die Möglichkeiten des Opfers sich aktiv am Verfahren gegen den Täter als Nebenkläger zu beteiligen erweitert. Auch Fälle in denen das Opfer einen Anwalt als Beistand erhält, werden auf zusätzliche Straftaten ausgedehnt. Zudem erhält das Opfer erweiterte Informationsrechte. Zeugen einer Straftat, die Repressalien durch den Täter fürchten, können in bestimmten Fällen verlangen, dass ihr Wohnort nicht in den Akten aufgeführt wird.

### **Hamburg erwartet Nachbesserungen bei der „Abwrackprämie“**

Hamburg hat schon bei der Einführung der Prämie darauf hingewiesen, dass diese mit einer ökologischen Lenkungswirkung verbunden werden sollte. Mit einem Entschließungsantrag wird die Bundesregierung daher noch einmal aufgefordert, entsprechende Nachbesserungen vorzunehmen. Jetzt, da die Prämie so gut angenommen wird, sollte die Chance genutzt werden, die Gewährung zukünftig auch an ökologische Aspekte zu koppeln. Wenn der Absatz von Neuwagen durch öffentliche Gelder gestützt werden soll, dann ist es klimapolitisch wie auch wirtschaftspolitisch nur sinnvoll, klimafreundliche und innovative Fahrzeuge zu fördern, die dem besten Stand der Technik entsprechen.

#### **Für Rückfragen:**

**Sabine Spitzer,**

**Koordinierung Bundesrat,**

**Presse**

**Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund**

**Tel. 0 30 – 2 06 46-109 <http://www.hamburg.de/landesvertretung/>**

30. März 2009 / bfi30

## **Innensenator Christoph Ahlhaus: „St. Pauli muss noch sicherer werden!“**

### **Dritter Runder Tisch für mehr Sicherheit im Bereich der Reeperbahn: Glasflaschen werden verbannt**

Auf Einladung von Hamburgs **Innensenator Christoph Ahlhaus** ist am heutigen Montag der Runde Tisch für mehr Sicherheit im Bereich der Reeperbahn erneut zusammengekommen. Neben Innenbehörde und Polizei nahmen Vertreter der Interessengemeinschaft St. Pauli, der Wirtschaft, der Unternehmensverbände, des Bezirks Hamburg-Mitte sowie mehrerer Behörden teil.

**Innensenator Christoph Ahlhaus** machte zu Beginn ganz deutlich: „Die Reeperbahn soll die weltberühmte Kultur- und Amüsiermeile bleiben, die alle kennen. Wir wollen das Vergnügen auf St. Pauli nicht einschränken – wir wollen den Kiez aber für alle Besucher noch sicherer und damit noch attraktiver machen!“

Jedes Jahr vergnügen sich nach Schätzungen der Polizei bis zu 4 Millionen Gäste auf der Reeperbahn. Besonders an den Wochenenden, wenn Tausende von Menschen die zahlreichen Theater, Cafés, Diskotheken und Gaststätten besuchen, kommt es immer wieder zu tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen unter anderem auch Glasflaschen als Tatmittel verwendet werden. Das Waffentrageverbot, die Videoüberwachung auf der Reeperbahn, die verstärkte Polizeipräsenz und die lageabhängigen Kontrollen haben St. Pauli in den letzten Jahren sicherer gemacht. Dieses erfolgreiche polizeiliche Maßnahmenpaket und der freiwillige Verkaufsverzicht von Glasflaschen zeigen erste Wirkungen. Dieser Sicherheitsgewinn für die Menschen muss aber nach Auffassung von **Innensenator Christoph Ahlhaus** konsequent ausgebaut werden. Eine Sonderauswertung der Polizei ergab: Im Jahr 2008 wurden im Bereich der Reeperbahn auf Straßen, Wegen und Plätzen in 128 Fällen Glasflaschen als Tatmittel eingesetzt. Dabei ging die Anzahl der Vorfälle im Jahr 2008 zwar zunächst tendenziell zurück, aber in den ersten Wochen und Monaten des Jahres 2009 zeichnet sich eine Stagnation der Zahlen ab.

**Zur Erinnerung – die Vereinbarungen des letzten Runden Tisches im November 2008:**

- Der Ordnungsdienst des Bezirks Hamburg-Mitte ist mit zusätzlichen Mitarbeitern verstärkt worden und hatte zugesagt, mit seinem Ordnungsdienst Kontrollen durchzuführen.
- Die Vertreter der Gaststätten hatten die Prüfung zugesagt, ob in Kneipen das Umfüllen der Getränke von Glasflaschen in Papp- oder Plastikbecher umsetzbar ist.
- Die Vertreter der Brauereien hatten zugesagt, die Anregung von Innensenator Christoph Ahlhaus zu prüfen, eine „kultige Kiez-Pulle“ aus PET zu entwickeln, um Glasflaschen zu vermeiden.
- Weiterhin hatten alle Beteiligten vereinbart, die freiwillige Selbstverpflichtung auszuweiten und den Kreis der Unterstützer deutlich auszuweiten.
- Die Innenbehörde hat Schwerpunkteinsätze der Polizei, lageabhängige Kontrollen, die Durchsetzung des Waffentrageverbotes und die verstärkte Polizeipräsenz insbesondere an Wochenenden intensiv weitergeführt.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Es ist erforderlich, die bisher erreichten und nachweisbaren Erfolge langfristig zu sichern und weiter auszubauen. Wir werden auch künftig die hohe Polizeipräsenz vor Ort, die regelmäßigen Schwerpunkteinsätze und Kontrollen zur Durchsetzung des Waffentrageverbots konsequent fortsetzen. Bei der Glasflasche als Tatmittel werden wir aber noch genauer hinschauen müssen und das erfolgreiche Maßnahmenpaket durch ein Glasflaschenmitführ- und -verkaufsverbot ergänzen. Ziel ist es, die Gefahren für die Gesundheit der Menschen, die dadurch entstehen, dass mitgeführte Glasflaschen oder auch Gläser bei Straftaten als Waffe eingesetzt werden, deutlich zu verringern.“

### **Regelungen zum geplanten Gesetz:**

- Es soll künftig verboten werden, an den Wochenenden von Freitagabend bis Montagmorgen in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr sowie in den Nächten vor und nach Feiertagen ebenfalls von 22 Uhr bis 6 Uhr
  - Getränke jeder Art in Glasbehältnissen, d.h. in Glasflaschen, Trinkgläsern und sonstigen Behältnissen, im Gebiet der Waffenverbotszone rund um die Reeperbahn mit sich zu führen.
  - Außerdem soll in dieser Zeit verboten werden, Getränke in Glasflaschen zu verkaufen - das gilt nicht nur für Bier, sondern auch für alle anderen Getränke wie Wein, Sekt, harte Alkoholika, aber auch für Softdrinks und Säfte.
- Die Einhaltung des Gesetzes soll sowohl vom Ordnungsdienst des Bezirks Hamburg-Mitte, als auch von der Polizei überwacht werden.
- Wird jemand im Verbotsbereich mit einer Glasflasche angetroffen, erfolgt die Aufforderung, die Glasflasche samt Inhalt sofort in einem Altglascontainer zu vernichten. Bei Zuwiderhandlungen kann ein Bußgeld bis zu einer Höhe von 5.000 Euro im Wiederholungsfall verhängt werden.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Ich möchte den Beteiligten des Rundes Tisches ausdrücklich für ihr Engagement und die gemeinsam erreichten Erfolge danken. Stadt, Sicherheitsbehörden und Gewerbe haben stets gemeinsam an einem Strang gezogen, um den Kiez für die Menschen noch attraktiver und noch sicherer zu machen. Ich hoffe und zähle auch weiterhin auf diese Unterstützung, denn auch die Wirtschaft trägt eine große Verantwortung für die Sicherheit der Bürger. Jeder Angriff mit einer Glasflasche ist einer zu viel. Wir müssen die Gewalttaten, bei denen die Täter Glas als Waffe missbrauchen, mit allen Mitteln unterbinden. Die geplanten gesetzlichen Regelungen werden ein weiterer wichtiger Baustein in unserem Sicherheitsgefüge rund um die Reeperbahn sein.“

### **Für Rückfragen:**

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2673 und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678  
Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de)  
Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

1. April 2009 / bfi01

## **Innensenator Christoph Ahlhaus fordert bundesweites Waffenregister nach Hamburger Vorbild**

### **Zentrale Hamburger Waffennachweisdatei (WANDA) ist vollständig aufgebaut**

Der Aufbau der Hamburger Waffennachweisdatei (WANDA) ist vollständig abgeschlossen. Damit hat Hamburg seine Waffenverwaltung von 19 Dienststellen bei Bezirks- und Ortsämtern an einer Stelle bei der Polizei Hamburg zentralisiert. Hamburgs **Innensenator Christoph Ahlhaus** gab heute bekannt, dass Hamburg nunmehr als erstem Bundesland ein vollständiges elektronisches System zur Verfügung steht, das nicht nur Waffenregister ist, sondern der Polizei bei Einsätzen und Ermittlungsaufgaben wertvolle Informationen liefert und außerdem alle Erlaubnisinhaber regelmäßig automatisch überprüft. Zentral erfasst sind:

- alle legalen Waffenbesitzer,
- alle legalen Waffen und
- alle waffenrechtlichen Erlaubnisse sowie
- alle Personen mit einem Waffenbesitzverbot.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Die Hamburger Waffennachweisdatei ist ein hochmodernes elektronisches Waffenregister mit vielfältigen Kontrollfunktionen. WANDA entspricht den höchsten Sicherheitsstandards, ist datenschutzrechtlich nicht zu beanstanden und setzt bundesweit Maßstäbe. Unsere Sicherheitsbehörden können bei ihren Einsätzen jederzeit auf Knopfdruck die umfassenden Daten abrufen und so die entsprechenden polizeilichen Maßnahmen treffen. Waffenrechtliche Verstöße sind leichter festzustellen, und für unsere Einsatzkräfte werden die Möglichkeiten der Eigensicherung deutlich verbessert.“

Durch die EU-Waffenrichtlinie wird Deutschland ohnehin verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2014 ein computergestütztes zentrales oder dezentrales Waffenregister einzurichten. Dabei kann Hamburgs Waffennachweisdatei bereits heute sehr viel mehr als die Europäische Union für ein deutschlandweites Registersystem vorschreibt. In der Hamburger Datei werden auch Waffen- und Munitionsbesitzverbote gespeichert, so dass die Polizei in die Lage

versetzt wird, entsprechende Verstöße auch bei Kontrollen aus anderem Anlass – etwa bei Verkehrskontrollen – festzustellen.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Ich fordere ein zentrales Waffenregister für ganz Deutschland nach Hamburger Vorbild. Gerne stellen wir unser Fachwissen und unsere Erfahrung zur Verfügung. WANDA wurde bei der Entwicklung bereits für eine überregionale Anwendung konzipiert und hat zweifelsfrei die Qualität, als Grundlage für ein nationales Waffenregister ausgebaut zu werden.“

In Deutschland gibt es gegenwärtig über 500 Waffenerlaubnisbehörden, die nicht miteinander vernetzt sind. Ein derartiges nationales Waffenregister ist deshalb zentrale Voraussetzung, um alle legalen Waffenbesitzer und ihre Schusswaffen in Deutschland ganz genau zu erfassen. Neben möglichen Änderungen des Waffenrechts ist die Schaffung einer sicheren, umfassend vollständigen Datengrundlage unaufschiebbar.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Hamburgs Waffennachweisdatei hat das Potenzial bundesweit zum Einsatz kommen. Unsere Lösung spart Zeit und geht deutlich über die Anforderungen der europäischen Vorgaben hinaus. Mein Ziel ist es, dem Bund und den anderen Bundesländern spätestens auf der nächsten Innenministerkonferenz im Juni in Bremen konkrete Vorschläge für die Übernahme unserer WANDA-Technik zu unterbreiten.“  
Auf Initiative von **Innensenator Christoph Ahlhaus** hat der Hamburger Senat gestern deshalb auch in einem ersten Schritt einen Antrag auf den Weg gebracht, der bereits am Freitag im Bundesrat beschlossen werden soll.

### **Wesentlicher Inhalt des Hamburger Antrags im Bundesrat:**

*„Der Bundesrat bittet die Bundesregierung*

1. *ein computergestütztes nationales Waffenregister schnellstmöglich, noch vor dem 31. Dezember 2014, einzuführen und*
2. *in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob über die in der EU-Waffenrichtlinie 2008/51/EG genannten Datensätze hinaus weitere Daten, wie insbesondere Waffen- und Munitionsbesitzverbote, aufgenommen werden sollten.“*

### **Für Rückfragen:**

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2673 und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678  
Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de)  
Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)

3. April 2009/bfi03

## **Innensenator Christoph Ahlhaus: „*Runter vom Gas!*“ für mehr Motorradsicherheit**

### **1.000 Warnwesten für Hamburgs Motorradfahrer**

Hamburgs **Innensenator Christoph Ahlhaus** hat heute gemeinsam mit **Polizeivizepräsident Reinhard Fallak** und **Schauspieler Till Demtröder** (Großstadtrevier) auf dem Gelände des Verkehrsübungsplatzes an der Großmannstraße den Startschuss für den aktuellen Hamburger Beitrag an der bundesweiten Verkehrssicherheits-Kampagne „Runter vom Gas!“ gegeben. In diesem Frühjahr steht die Motorradsicherheit im Mittelpunkt der Bemühungen für mehr Sicherheit auf Deutschlands Straßen.

Ziel der deutschlandweiten Aktion, die am vergangenen Sonntag durch das Bundesverkehrsministerium und den Deutschen Verkehrssicherheitsrat in Berlin vorgestellt wurde, ist es, alle Verkehrsteilnehmer zu Beginn der diesjährigen Motorradsaison zu besonders rücksichtsvoller und vorausschauender Fahrweise aufzufordern und für die Motorradsicherheit zu sensibilisieren. Die Botschaft ist ganz klar: Überhöhte Geschwindigkeit und unverantwortliche Risikobereitschaft können tödlich sein!

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Ich freue mich, dass das Bundesverkehrsministerium und der Deutsche Verkehrssicherheitsrat den Hamburger Vorschlag aufgegriffen und die Sicherheit der Motorradfahrer in diesem Frühjahr in den Mittelpunkt gemeinsamer Aktivitäten gestellt haben. Wenn Motorradfahrer ohne Knautschzone verunglücken, sind die Folgen oft schwerwiegend oder sogar tödlich. Jeder Verkehrsunfall ist einer zuviel. Aktionen wie die Kampagne „Runter vom Gas!“ helfen, das Bewusstsein für eine angepasste Fahrweise bei den Verkehrsteilnehmern zu schärfen, damit unser Straßenverkehr sicherer wird. Rücksichtnahme und Verantwortungsbewusstsein am Steuer retten Leben.“

Im Rahmen der Kampagne „Runter vom Gas!“ werben prominente „Sicherheitsbotschafter“ aus den Bundesländern für mehr Sicherheit beim Motorradfahren und warnen vor den Folgen zu schnellen und unangepassten Fahrens – immer noch Unfallursache Nr.1 im Straßenverkehr. Die teilnehmenden Bundesländer haben jeweils 1.000 neu entwickelte

Sicherheitswesten bekommen, die in den kommenden Wochen an Motorradfahrer verteilt werden, damit diese besser gesehen werden können. Der Schauspieler Till Demtröder hat heute in Hamburg die Sicherheitswesten an das Forum Verkehrssicherheit übergeben, das die Westen unter den Hamburger Biker verteilt. Mehr als 25 Hamburger Organisationen haben im Juli 2008 gemeinsam das Forum Verkehrssicherheit gegründet, u. a. die Polizei Hamburg, der Fahrlehrerverband, die Verkehrswacht und der ADAC. Gemeinsam engagieren sie sich für mehr Sicherheit und weniger Unfälle auf Hamburgs Straßen.

Gleichzeitig begann die Veranstaltungsreihe „Bike (er)fahren“, die rechtzeitig zum Saisonstart mehr Kompetenz und Sicherheit beim Motorradfahren vermitteln soll. Jedes Jahr aufs Neue verunglücken zahlreiche Motorradfahrer in Deutschland. Immer häufiger ist dabei die Gruppe der über 35-jährigen betroffen und hier speziell die Wenigfahrer oder so genannten Wiedereinsteiger. Hier setzt das neue Angebot des Forums Verkehrssicherheit an, das unter der Leitung des Fahrlehrerverbandes Hamburg e. V. entwickelt wurde.

**Innensenator Christoph Ahlhaus:** „Vielen Motorradfahrern fehlt nach der langen Winterpause die Fahrpraxis. Sicher geglaubte Bewegungsabläufe müssen erst wieder Routine werden. An die Bremswirkung und die Straßenlage müssen sich die Motorradfahrer erst noch gewöhnen. Fahren Sie vorsichtig, überschätzen Sie sich nicht und gehen Sie keine unnötigen Risiken ein. Nutzen Sie das Angebot „Bike (er)fahren“ und erhöhen Sie Ihre Fahrkompetenz, ohne dass dabei der Fahrspaß zu kurz kommt. Oder besuchen Sie einfach die bekannten Trainingsangebote der Verkehrswacht Hamburg und des ADAC.“

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2673 und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678  
Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: [pressestelle@bfi-a.hamburg.de](mailto:pressestelle@bfi-a.hamburg.de)  
[www.innenbehoerde.hamburg.de](http://www.innenbehoerde.hamburg.de)

25.März.2009/bwa25

## **Standortfaktor familienfreundliche Wirtschaftspolitik**

### **Senator Gedaschko und Senator Wersich diskutieren mit Experten im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche „Wirtschaft + Familie = Wachstum“**

Unter dem Motto „Wirtschaft + Familie = Wachstum“ beteiligt sich Hamburg mit einer Vielzahl informativer Veranstaltungen, Diskussionen und Beratungsangebote für Personalverantwortliche und Beschäftigte an der bundesweiten Aktionswoche zur familienbewussten Personal- und Wirtschaftspolitik vom 23. bis 27. März 2009. Auf einer Podiumsdiskussion im Side Hotel diskutierten heute Wirtschaftssenator Axel Gedaschko und Sozial- und Familiensenator Dietrich Wersich mit Experten. Themen waren unter anderem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie familienbewusste Personalpolitik als Standortfaktor.

„Moderne Wirtschaftspolitik meint auch familienorientierte Wirtschaftspolitik. Die Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben ist Voraussetzung für den Erhalt und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Wirtschaftsstandortes Metropolregion Hamburg“, sagt Wirtschaftssenator Axel Gedaschko. „Die ökonomische Relevanz des Themas ist inzwischen unbestritten. Hamburg aber hat ein Interesse an einer weiteren Sensibilisierung für die Bedeutung und praktische Umsetzung des Themas, um angesichts eines in vielen Bereichen gravierenden Fachkräftemangels das Potential von Vätern und Müttern noch besser nutzen zu können“, so der Senator weiter.

"Wirtschaft und Familie können nicht ohne einander, sondern nur miteinander", betont Sozial- und Familiensenator Dietrich Wersich. "Für Unternehmen ist Familienfreundlichkeit vor dem Hintergrund einer sich verändernden Arbeits- und Lebenswelt Zukunftssicherung. Gleichzeitig ist die Wirtschaft für unsere Gesellschaft eine existenzielle Grundlage. Zahlreiche Unternehmen in Hamburg haben dies erkannt, bei ihnen ist Familienfreundlichkeit mittlerweile ein Markenzeichen und sie wissen: In Familie zu investieren zahlt sich aus", so Senator Wersich weiter.

Die betriebswirtschaftliche Bedeutung familienbewusster Personalpolitik stellte Prof. Irene Gerlach (Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster) dar. Martin Lohs, Geschäftsführer der SkySails GmbH Co KG

berichtete aus der Unternehmenspraxis und Vater Marco Röhrs (Labinal GmbH) von seinen Erfahrungen in Elternzeit. „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist inzwischen ein harter Standortfaktor für Unternehmen“, zog Moderatorin Susanne Dreas von den Worklife Koordinierungsstellen Familie und Beruf ein abschließendes Fazit.

In den vergangenen zwei Jahren hat sich eine Arbeitsgruppe der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder intensiv mit dem Thema „Familienbewusste Personalentwicklung - Zeichen einer modernen Unternehmensführung“ befasst. Ziel war es zum einen die Hemmnisse für Unternehmen aufzuzeigen, aber auch Handlungsempfehlungen für Politik und Wirtschaft zu erarbeiten. Im Ergebnis wurde deutlich, dass bei den Führungskräften und Personalverantwortlichen der Unternehmen zum Teil noch erheblicher Informations- und Motivationsbedarf besteht. Der Hamburger Senat trägt unter anderem mit dem Projekt „Dialog mit Hamburger Unternehmen“ und der „Allianz für Familien“ in Kooperation mit Handels- und Handwerkskammer seit Jahren dazu bei, die Wirtschaft für das Thema zu sensibilisieren und die Familienfreundlichkeit in Unternehmen zu stärken. Unter anderem mit umfassenden Rechtsansprüchen auf Kindertagesbetreuung für Berufstätige bietet die Stadt Hamburg hierzu die entsprechenden Rahmenbedingungen. Durch die aktuelle bundesweite Aktionswoche soll seitens der Politik auch deutschlandweit ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Veranstalter der Hamburger Aktionswoche sind die Behörde für Wirtschaft und Arbeit sowie die Worklife Koordinierungsstellen Familie und Beruf; in Kooperation mit der Logistik Initiative Hamburg und der Initiative Luftfahrtstandort Hamburg. Nähere Informationen gibt es unter [www.worklife-hamburg.de](http://www.worklife-hamburg.de).

#### **Rückfragen:**

Behörde für Wirtschaft und Arbeit  
Jana Tiemann  
Tel.: (040) 42841-2239  
[pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Jasmin Eisenhut  
Tel: (040)42863-2889  
Email: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

25. März 2009/bwa25a

## Hamburger Erörterungstermine zur Fahrrinnenanpassung abgeschlossen

Nach nur vier Verhandlungstagen im CCH ist der Hamburger Erörterungstermin gestern Abend beendet worden. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe haben Fachleute von Verbänden und Vereinen sowie private Betroffene mit der Planfeststellungsbehörde und den Vorhabensträgern die vorgelegten Planungen erörtert.

Die sachliche Atmosphäre während der Erörterung hat zur zügigen Beendigung der Termine beigetragen.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko:

„Für uns ist dies nur einer von mehreren notwendigen Schritten. Ich gehe davon aus, dass die kritische aber konstruktive Auseinandersetzung auf den weiteren Erörterungsterminen fortgesetzt wird. Das kann das Ergebnis der Anhörung nur verbessern. Insgesamt ist aber die Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe jetzt auf dem Weg, und zwar auf einem guten Weg.“

Die Anhörung wird nun durch eine Reihe weiterer Erörterungstermine in der Zuständigkeit der Wasserstraßenverwaltung des Bundes an verschiedenen Orten entlang der Elbe fortgesetzt. Im Anschluss werden die Planfeststellungsbehörden die Ergebnisse der Erörterungstermine auswerten.

### **Für Rückfragen:**

Behörde für Wirtschaft und Arbeit  
Jana Tiemann  
Tel.: (040) 42841-2239  
[pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

26. März 2009/bwa26

## **Senator Gedaschko setzt ersten Spatenstich für das neue Food Logistics Terminal**

### **Dachser investiert 18,5 Millionen Euro in Hamburg**

Erster Spatenstich für die Erweiterung des Logistikzentrums in Allermöhe: Wirtschaftssenator Axel Gedaschko hat heute gemeinsam mit Prof. Dr. Peer Witten (Vorsitzender des Kuratoriums der Logistik-Initiative Hamburg), den Dachser-Geschäftsführern Bernhard Simon und Gerhard Riester sowie den Niederlassungsleitern Arne Anderssohn (Dachser) und Ralf Koschwitz (Tank) das Projekt gestartet.

Dachser eines der wenigen Logistikunternehmen, das trotz der aktuellen wirtschaftlichen Lage optimistisch in die Zukunft blickt. „Hamburg ist einer der europaweit bedeutendsten Logistik-Standorte. Daher begrüßen wir, dass Dachser sich in dieser für die Branche schwierigen Phase zum Standort bekennt. Sicher wird dieser Entschluss in der kommenden Phase des Aufschwungs belohnt“, sagt Wirtschaftssenator Gedaschko.

Um den Anforderungen des wachsenden logistischen Bedarfes gerecht zu werden, baut Dachser auf einem 35.000 Quadratmeter großen Gelände ein neues Food Logistics Terminal, unweit des 2004 eröffneten Logistikzentrums. Mit diesem Schritt wird Dachser seine Beschäftigtenzahl in Hamburg nachhaltig steigern. Das Unternehmen beschäftigt in Hamburg derzeit 390 Mitarbeiter und 20 Auszubildende. Prof. Dr. Witten, Vorsitzender des Kuratoriums der Logistik-Initiative Hamburg dankt dem Unternehmen im Namen der Logistik-Initiative für den Beitrag zur Ausbildung des Nachwuchses in der Branche. „Nur mit qualifiziertem Personal wird es der Logistik-Branche gelingen, die Aufgaben der Zukunft zu meistern.“

Seit 1954 ist das Familienunternehmen Dachser in Hamburg präsent. Die Niederlassung Hamburg betreibt die Geschäftsfelder Lebensmittellogistik, Europalogistik und Luft- und Seefrachtlogistik.

#### **Für Rückfragen:**

Behörde für Wirtschaft und Arbeit  
Jana Tiemann, Tel.: (040) 42841-2239  
[pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

30. März 2009bwa30a

## **Wirtschaftssenator Gedaschko: Schifffahrtskrise gemeinsam durchstehen**

Auf der 6. Nationalen Maritimen Konferenz in Rostock haben sich Wirtschaft, Bund und Länder heute im Schifffahrtsworkshop darauf geeinigt, konkrete Schritte zur Zukunftssicherung der Schifffahrt zu vereinbaren. Außerdem sehen die Teilnehmer Anlass für verhalten positive Signale.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Schifffahrt ist zyklisch. Wir wollen daher kurzfristig zu einer Marktstabilisierung beitragen. Bereits jetzt sichern wir mit Hapag-Lloyd und der HSH Nordbank wichtige Eckpfeiler der deutschen Seeschifffahrt. Zusätzlich müssen wir Möglichkeiten wie Strecken der Schiffsbestellungen oder die Etablierung von langfristig orientierten Bewertungsmaßstäben für Schiffe prüfen, um die Auswirkungen der Krise zu dämpfen.“

Eine wichtige Grundlage zur Sicherung des Welthandels und zur Eindämmung der Krise ist ein funktionierendes Verfahren zur Vergabe von Akkreditiven damit der zwischenstaatliche Handel weiterhin möglich ist. „Hier ist die Bundesregierung gefordert, im Rahmen der G 20-Verhandlungen eine Lösung zu erreichen“, so der Wirtschaftssenator. Hamburg setzt sich außerdem insbesondere für die Sicherung der Arbeitsplätze an Land ein und für den Nachwuchs für schifffahrtsbezogene Berufe. Mit Perspektive auf den Aufschwung sollten die in Ausbildung befindlichen Nachwuchskräfte übernommen werden.

Dass in Hamburg auf Worte auch Taten folgen, zeigt die erfolgreiche Politik zur Stärkung des Schifffahrtsstandortes. Seit der letzten Konferenz hat Hamburg unter anderem die anderen norddeutschen Länder mit 1 Million Euro bei der Ausbildung von Kapitänen unterstützt. Mit dem MTC Maritime Training Center wurde gerade erst einer der modernsten Schiffssimulatoren für die Weiterbildung eröffnet. Schon die Kleinsten werden mit „Faszination Schiff“ für maritime Berufe begeistert. Sie lernen in Seminaren für Kinder spielerisch, wie spannend und vielfältig das maritime Arbeitsleben ist.

### **Für Rückfragen:**

Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Jana Tiemann

Tel.: (040) 42841-2239

[pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

2. April 2009/bwa02a

## **Wirtschaftsbehörde: 500.000 Euro für Forschungsprojekt der Eppendorf AG**

Förderung für innovatives Forschungsprojekt zur Selektion von Stammzellen: Wirtschaftssenator Axel Gedaschko hat heute einen Bewilligungsbescheid über 500.000 Euro an den Vorstand der Eppendorf AG übergeben. Mit dem Geld wird die Entwicklung eines Gerätes zur Behandlung von Zellen unter dem Mikroskop (Mikromanipulation) gefördert.

Wirtschaftssenator Gedaschko würdigte bei seinem Unternehmensbesuch das Entwicklungsvorhaben, dass eine technische Revolution in der zellbiologischen Forschung verspricht.

„Dies ist einer von vielen erforderlichen Schritten, um die Wirtschaftsregion international konkurrenzfähig zu machen und somit Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen“, **sagt Wirtschaftssenator Gedaschko.**

Die Unterstützung erhält die Eppendorf Instrumente GmbH, eine Tochter der Eppendorf AG, aus dem Programm für Innovation (Profi) der Wirtschaftsbehörde. Aus dem „Profi“ fördert die Wirtschaftsbehörde mit mehr als 2 Millionen Euro jährlich innovative Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Hamburger Unternehmen. Projektträger ist die Innovationsstiftung Hamburg.

### **Zum Forschungsprojekt**

Die Mikromanipulation gilt seit langer Zeit als Standard-Methode auf dem Forschungsgebiet der experimentellen Zellbiologie. Diese Verfahren finden schon heute Ihre Anwendung zum Beispiel in den Methoden der künstlichen Befruchtung oder bei der Diagnose von Krebserkrankungen. Neben einer noch präziseren Positionierung im Nano-Bereich soll die geplante Entwicklung den Übergang weitgehend manueller Arbeitsschritte in eine halbautomatische Vorgehensweise ermöglichen. Durch diese neuartige Entwicklung wird der Mikromanipulator für Aufgaben geeignet sein, die heute nur sehr zeitaufwendig und kostspielig durchführbar sind. Beispiele hierfür finden sich bei der Aufteilung von adulten Stammzellen für eine Stammzellentherapie oder bei der Isolierung von Tumorzellen zur Krebsdiagnostik.

„Wir freuen uns, dass mit unserer Unterstützung eine neue Technologie geschaffen wird, die Wissenschaftlern ermöglicht, neue Behandlungsmethoden in der Medizin zu entwickeln“, so **Dr. Harald Eifert**, Vorstand und Geschäftsführer der Innovationsstiftung Hamburg.

**Eppendorf Instrumente GmbH** ist eine hundertprozentige Tochter der Eppendorf AG und hat sich 1998 ausgegliedert. Die Geschäftstätigkeit der Eppendorf Instrumente GmbH umfasst die Entwicklung und Fertigung von Anlagen, Geräten und Ausrüstungen, insbesondere für Forschungslabors der Life Science Forschung, die weltweit unter der Marke „Eppendorf“ vertrieben werden.

**Die Innovationsstiftung Hamburg** wurde 1996 als unabhängige öffentlich-rechtliche Stiftung gegründet und von der Freien und Hansestadt Hamburg mit eigenem Stiftungskapital ausgestattet. Sie ist Projektträger mehrerer Förderprogramme der Behörde für Wirtschaft und Arbeit sowie der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

**Für Rückfragen:**

Innovationsstiftung Hamburg  
Alexei Ivanov  
Tel. 040/822 20 78-65, [ivanov@innovationsstiftung.de](mailto:ivanov@innovationsstiftung.de)  
[www.innovationsstiftung.de](http://www.innovationsstiftung.de)

Behörde für Wirtschaft und Arbeit  
Jana Tiemann  
Tel.: (040) 42841-2239  
[pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)  
[www.hamburg.de/bwa](http://www.hamburg.de/bwa)

26. März 2009/bsu26

## **Baubeginn des „Hamburg Hauses“ für die EXPO 2010**

### **Senatorin Anja Hajduk reist nach Shanghai**

Anja Hajduk, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, besucht von Samstag, 28. März bis Donnerstag, 02. April 2009, Hamburgs Partnerstadt Shanghai. Sie wird dort den Baubeginn des „Hamburg Hauses“ für die dortige Weltausstellung EXPO 2010 feierlich eröffnen. Das künftige Bürogebäude, ein Passivhaus der Architekten Spengler – Wiescholek und Dittert & Reumschüssel aus Hamburg, zeichnet sich durch einen extrem niedrigen Energiebedarf aus. Es ist zugleich das erste zertifizierte Passivhaus-Neubauprojekt Chinas. Die Architektin Ingrid Spengler begleitet die Reise.

Neben der Besichtigung des Stadtplanungsmuseums, das auch das EXPO-Modell umfasst, sind Gespräche Vizebürgermeister Shanghais, SHEN Jun, sowie mit dem Vizeleiter des EXPO Bureaus, HUANG Jingzhi, vorgesehen. Themen sind unter anderem Hamburgs Engagement bei der im Mai 2010 beginnenden EXPO sowie aktuelle stadtentwicklungs- und umweltpolitische Herausforderungen von Großstädten. Mit Vertretern der Tongji Universität wird sich Anja Hajduk über die Themen Wasserstoffbusse, Stadtentwicklung und EXPO-Geländeplanung austauschen.

Für Rückfragen:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
- Pressestelle -  
Tel.: 040 / 428 40 -3063 oder -2058

31. März 2009/bsu31

## Nachhaltig Bauen auf höchstem ökologischen Niveau

Baubeginn des Hamburg Hauses auf der EXPO 2010 in Shanghai



Anja Hajduk, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, hat heute den Baubeginn des Hamburg-Hauses für die Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai im Beisein von Vertretern der Stadt Shanghai, der Expo-Gesellschaft und internationalen Journalisten feierlich eröffnet. Zuvor ist Anja Hajduk mit dem für Umwelt und Verkehr zuständigen Vizebürgermeister von Hamburgs Partnerstadt Shanghai, SHEN Jun, zusammen getroffen, um über die EXPO Fortschritte und die gute Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Shanghai zu sprechen.

Das künftige Bürogebäude, ein Passivhaus der Architekten Spengler – Wiescholek und Dittert & Reumschüssel aus Hamburg, zeichnet sich durch einen extrem niedrigen Energiebedarf aus, der in der feuchtwarmen Klimazone des Jangtse-Deltas bisher ohne Beispiel ist. Es hat einen Energieverbrauch von 50 kWh pro Quadratmeter und Jahr, was einem Viertel des durchschnittlichen Energiebedarfs eines Bürohauses entspricht.

Erreicht wird dieser Standard unter anderem durch eine hochgedämmte, luftdichte Gebäudehülle und dem Einsatz regenerativer Energie. Die Energiegewinnung für Heizung, Kühlung, Lüftung und Entfeuchtung erfolgt über eine Geothermie-Wärmepumpe. Die Architektur verbindet traditionelle und moderne Elemente. Das rote Backsteinhaus soll auf der EXPO 2010 in Shanghai ein Beispiel für herausragendes nachhaltiges Bauen darstellen. Es ist zugleich das erste zertifizierte Passivhaus-Neubauprojekt Chinas. Anja Hajduk sagt dazu: „Ich bin sehr stolz, dass sich Hamburg mit einem solchen Referenzgebäude an der Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai beteiligen wird. Das Hamburg Haus wird ein Gebäude auf höchstem umwelttechnischen Niveau und neue, höhere ökologische Standards setzen.“

Das Thema der EXPO 2010 lautet „Better City, Better Life“. 227 Nationen, Regionen und internationale Organisationen werden sich auf der Expo 2010 den erwarteten 70 Millionen Besuchern präsentieren. Hamburg wurde nach einem ersten Entwurf vom International Selection Committee ausgewählt, sich mit dem „Hamburg Haus“ an der EXPO 2010 zu beteiligen. Es ist von insgesamt über 200 teilnehmenden Ländern, Städten und

Organisationen der einzige deutsche Beitrag mit einem eigenen Gebäude. Hamburg wird sich während der EXPO mit dem Haus und einer erlebnisreichen Ausstellung, die nachhaltige Stadtentwicklung und ökologisches, klimaschonendes Bauen thematisiert, als lebenswerte Stadt und Metropole am Wasser präsentieren. Die Präsentation Hamburgs auf der EXPO Shanghai wird auch mit der Beteiligung der Wirtschaft verwirklicht. Das rote Backsteinhaus soll nach der EXPO für Arbeiten und Wohnen unter einem Dach weitergenutzt werden.

**Informationen zum „Hamburg House“-Logo:**

Die ziegelroten Linien definieren das Profil des künftigen Hamburg Hauses und symbolisieren gleichzeitig verborgene Energiekreisläufe. Gleichzeitig erinnern die Linien an verschlungene, geknüpfte Glücksknoten, die in China für Wohlstand, Harmonie und Vollendung stehen.

**Fotos können heruntergeladen werden unter:**

<http://www.hamburg.de/1330162>

**Rückfragen:**

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
Pressestelle, Tel.: 040 / 428 40 -3063 od. -2051  
[Bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de](mailto:Bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de)



23. März 2009/bsu23

## **„Earth Hour“ – 60 Minuten „Licht aus“ für das Klima**

### **Über 2100 Städte beteiligen sich an der WWF-Kampagne – Hamburg ist dabei**

Der Countdown zur „Earth Hour“ läuft. Fünf Tage und sieben Stunden vor dem Start der weltweiten „Licht aus!“-Aktion am Samstag, den 28. März 2009 haben Umweltstaatsrat Christian Maaß, der Geschäftsführer des World Wide Fund for Nature (WWF) Eberhard Brandes sowie der stellvertretende Intendant des Deutschen Schauspielhauses, Michael Propfe, heute Mittag weitere Einzelheiten bekannt gegeben.

Aktuell haben sich 2140 Städte weltweit aus 82 Ländern über 18 Zeitzonen hinweg für die „Earth Hour“ angemeldet. Hamburg beteiligt sich umfangreich an der Kampagne. Hamburg wird am 28. März 2009 ab 20.30 Uhr (lokaler Zeit) einen großen Teil seiner berühmten Stadtsilhouette rund um die Binnenalster und das Rathaus verdunkeln. „Fast 2000 Städte auf der ganzen Welt setzen ein Zeichen, dass Klimaschutz ganz oben auf der Agenda stehen muss. Je mehr Hamburger Wahrzeichen, aber auch Bürgerinnen und Bürger, sich daran beteiligen, desto besser“, sagte Umweltstaatsrat Christian Maaß.

Einzelhandel, Unternehmer, Verlage und Kirchen haben ihre Mitwirkung angekündigt. Selbst auf dem Hamburger Dom wird für eine Stunde in weiten Teilen die Beleuchtung heruntergefahren, ebenso bei den großen Veranstaltungsstätten der Stadt, wie etwa der HSH Nordbank Arena, der Color Line Arena und der Spielbank am Stephansplatz. Viele Kultureinrichtungen wie die Hamburgische Staatsoper, das Deutsche Schauspielhaus und die Laeiszhalle machen mit. Auch Hamburgs Wahrzeichen, der Michel, wird dunkel sein.

**Staatsrat Christian Maaß unterstrich Hamburgs Engagement:** „Den großen Städten kommt beim Thema Klimaschutz eine besondere Rolle zu. Hier leben 80 Prozent der Weltbevölkerung. Die Städte sind Teil des weltweiten Klimaproblems, aber auch Teil der Lösung, denn hier werden wichtige Strategien zur Verminderung von CO<sub>2</sub> entwickelt und umgesetzt.“ Hamburgs Ziel ist es, mit der Earth Hour auch auf die Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Dezember hinzuweisen. Hamburg wird bis dahin mit zahlreichen Aktionen auf das klimapolitisch wichtige Datum hinweisen. Unter anderem sind Vertreter aus fast 100

europäischen Städten im November zu einem mehrtägigen Klimakongress nach Hamburg eingeladen.

**„Earth Hour“, die weltweite Aktion, wurde vom WWF initiiert.** „Mit ihrer Teilnahme an Earth Hour geben Menschen rund um den Globus ihr Votum für das Klima ab. Sie setzen ein sichtbares persönliches Zeichen im Kampf gegen die globale Erderwärmung. Nun ist die Politik gefordert. Der Staatengemeinschaft muss es im Dezember auf der Internationalen Klimakonferenz in Kopenhagen gelingen, ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu verabschieden, dass den Herausforderungen des Klimawandels auch tatsächlich gerecht wird,“ **fordert der Geschäftsführer des WWF Deutschland, Eberhard Brandes.**

**Michael Propfe hob hervor:** „Stücke zu spielen, die sich wie Henrik Ibsens ‚Ein Volksfeind‘ mit ökologischen Themen befassen, ist das eine. Das andere, einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Das Deutsche Schauspielhaus ist daher bereits seit 2005 ÖKOPROFIT-Betrieb und bezieht seit 2008 Ökostrom von der GREENPEACE energy eG. Beides sind Zeichen für ökologisches und zukunftsorientiertes Denken in unserem Haus.“

Weitere Informationen unter: [www.klima.hamburg.de](http://www.klima.hamburg.de)

Für Rückfragen:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
- Pressestelle -  
Tel.: 040 – 42 840 - 2051 oder 2058  
[www.bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de](mailto:www.bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de)

24. März 2009 /bsu24a

## Volkspark, Tunneltal, Magellan-Terrassen

### **Kostenloses Taschenbuch der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt: „Hamburgs Grün zwischen Tradition und Trends“**

Die alte Auflage von 2007 ist restlos vergriffen, die neue erweitert, aktualisiert und komplett überarbeitet. Pünktlich zum Frühjahrsbeginn präsentiert der neue Stadtführer fürs Hamburger Grün gut 60 der wichtigsten Plätze, Parks, Naturschutzgebiete und Grün-Projekte zwischen Elbe und Alster. Knapp, präzise und reich bebildert erfährt man alles Wesentliche über Entstehung, Entwicklung und Spezielles dieser Orte und Gebiete. Hinweise für die Anreise mit Bus und Bahn, der angehängte HVV-Streckenplan und ein Serviceteil mit Adressen, Telefonnummern und Öffnungszeiten machen das Taschenbuch zum idealen Begleiter von Kurzbesuchen und Tagestrips für Einheimische und Gäste der Stadt.

Umweltsenatorin Anja Hajduk: „Wir wollen Hamburgs Grün nicht nur erhalten und sichern, sondern stetig erweitern. Noch in diesem Jahr werden wir unser dreißigstes Naturschutzgebiet ausweisen, im Rahmen der Internationalen Gartenschau 2013 in Wilhelmsburg entsteht ein 100 ha großer komplett neuer Park, und in der HafenCity sind rund 20 % fest als Plätze und Grünflächen vorgesehen. Unser Buch schlägt spannende Entdeckungsreisen vor, und ich wünsche anregende Lektüre und viel Freude unterwegs.“

Wie der Titel andeutet, sind berühmte Highlights wie Jenischpark und Duvenstedter Brook porträtiert. Dazu kommen aber viele kaum bekannte „grüne Juwelen“ wie der urwüchsige Auwald Heuckenlock an der Süderelbe, der Wacholderpark in Fuhlsbüttel mit seinen romantischen Laubengängen und der „Botanische Sondergarten“ in Wandsbek, hinter dessen sperrigem Namen sich einer der schönsten öffentlichen Schaugärten der Stadt mit engagiertem Besucherprogramm vor allem für Kinder und Jugendliche verbirgt. Autorin und Landschaftsarchitektin Eva Henze hat die Texte in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten und vor Ort recherchiert.

„Hamburgs Grün zwischen Tradition und Trends - Streifzüge durch Parks und Naturlandschaften“ ist soeben erschienen und herausgegeben von der Behörde für

Stadtentwicklung und Umwelt. Dort ist das Taschenbuch (144 Seiten, zahlreiche Farbfotos, Klappenbroschur) **kostenlos** erhältlich im Stadtmodell Wexstraße 7, 20355, Öffnungszeiten: Dienstag - Freitag 10:00 -17:00, Sonnabend und Sonntag 13:00 -17:00 Uhr.

Außerdem bekommt man „Hamburgs Grün zwischen Tradition und Trends“ ab sofort im Kesselhaus-HafenCity InfoCenter, im Umweltzentrum Karlshöhe, in allen Bezirksämtern, in der Verbraucherzentrale Hamburg, in den Naturschutz Informationshäusern Fischbeker Heide, Boberger Niederung und Duvenstedter Brook, im Infocenter Wasser Umwelt Gesundheit (Hermannstr. 14) und bei der Tourist Informationen Hauptbahnhof und St. Pauli Landungsbrücken.

**Kontakt:**

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058,  
[volker.dumann@bsu.hamburg.de](mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de)

24. März 2009/pr24

## **Hamburg wird Zentrum für emissionsfreie Mobilität**

### **Ausbau der Flotte von Brennstoffzellenfahrzeugen und von Wasserstofftankstellen**

Die Hansestadt Hamburg hat heute gemeinsam mit den Unternehmen Daimler, Shell, TOTAL und Vattenfall Europe ein Großprojekt für den Einsatz von Brennstoffzellen gestartet. Ziel der Kooperation ist der verstärkte Aufbau einer emissionsfreien Fahrzeugflotte sowie der entsprechenden Infrastruktur mit Wasserstoff-Tankstellen. Das Projekt ist Teil der Clean Energy Partnership in Hamburg und Berlin. Es soll im Rahmen des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) von der Bundesregierung gefördert werden.

#### **Die Grüne Hauptstadt Europas**

Die Unterschriften unter dem Memorandum of Understanding, welches die Partner heute unterzeichnet haben, zeigen, dass Hamburg seinen eingeschlagenen Weg konsequent verfolgt: Erst kürzlich wurden die Anstrengungen der Hansestadt in Brüssel honoriert. Ab 2011 darf Hamburg sich „Green Capital“ – Grüne Hauptstadt Europas nennen. Die Stadt ist bereits jetzt Partner der Clean Energy Partnership und wird sich in den kommenden Jahren noch stärker als Impulsgeber im Bereich der nachhaltigen Mobilität engagieren. Sie setzt dabei unter anderem auf die Förderung unterschiedlicher Technologien für emissionsarme Kraftfahrzeuge. Die Stadt strebt außerdem an, neben ihrer Vorreiterrolle beim Einsatz von Wasserstoffautos auch Modellregion für Batterie-Fahrzeuge zu werden.

*„Bei der Erprobung emissionsarmer Brennstoffzellenbusse ist Hamburg heute schon Vorreiter. Auch bei Flugzeugen und Schiffen ist diese Technologie ein wichtiges Moment der Zukunftssicherung hiesiger Unternehmen. Hinzu kommen die Vorteile beim Klimaschutz. Daher streben wir an, die Zahl der Wasserstofffahrzeuge weiter auszubauen. Wir wollen zusätzlich auch Batteriefahrzeuge einsetzen, da beide Antriebe emissionsarm sind und Synergien auf einem gemeinsamen technologischen Entwicklungspfad bieten“,* so Ole von Beust, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

#### **Emissionsfreie Flotte mit Brennstoffzellen-Pkw und Bussen**

Brennstoffzellenbusse von Daimler fahren bereits seit 2003 für die HOCHBAHN auf Hamburgs Straßen. In den nächsten Jahren wird die Flotte ausgebaut und durch Brennstoffzellen-Pkw ergänzt. So werden ab 2010 insgesamt zehn Brennstoffzellenbusse der neuesten Generation in Hamburg unterwegs sein. Hinzu kommen dann 20 Mercedes-Benz B-Klassen mit Brennstoffzellenantrieb. Darüber hinaus sieht das Unternehmen das Potenzial für den Einsatz von 500 bis 1000 Brennstoffzellenfahrzeugen bis voraussichtlich 2015. Voraussetzung dafür ist der parallele Aufbau der dafür notwendigen Infrastruktur.

*„Als „Grüne Hauptstadt Europas“ des Jahres 2011 ist Hamburg der ideale Standort für den Einsatz unserer Brennstoffzellen-PKW und -Busse“, so Dr. Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG. „Besonders erfreulich ist, dass wir hier mit unseren Partnern an einem Strang ziehen und gemeinsam einen wichtigen Schritt beim Aufbau der notwendigen Infrastruktur machen. Damit wird die Hansestadt ein wichtiger Standort sein, mit dem wir das emissionsfreie Fahren mit elektrisch angetriebenen Pkw im Alltag Realität werden lassen.“*

### **Aufbau neuer Wasserstofftankstellen**

Im Rahmen der Kooperation planen Shell und TOTAL in Hamburg vier öffentliche Tankstellen mit Wasserstoffsäulen in 700bar-Technologie. An diesen Tankstellen können Brennstoffzellen-Fahrzeuge in wenigen Minuten betankt werden. Aufgrund des hohen Wasserstoffdrucks können sie dann mehr als 400 Kilometer fahren.

Dr. Peter Blauwhoff, der Vorsitzende der Geschäftsführung der Deutsche Shell Holding GmbH sieht in der Wasserstoff-Technologie eine wichtige Zukunftsoption:

*„Shell beschäftigt sich schon lange mit Wasserstoff-Technologie. Shell wird sich engagieren, das Clean City Cars-Project für Hamburg aufzusetzen. Hierzu werden wir unser Know-how und unsere Expertise in die kommenden Beratungen und Planungen einfließen lassen.“*

Auch TOTAL wird sein Engagement in der Hansestadt Hamburg verstärken:

*„Diese Aktivitäten hier in Hamburg haben uns überzeugt. Daher ist uns die Entscheidung für den Ausbau unserer Wasserstoff-Infrastruktur leicht gefallen. Mittelfristig wollen wir im Rahmen der Clean Energy Partnership das Wasserstoffnetz in Hamburg und Berlin*

*erweitern“, sagt Michel Mallet, Geschäftsführer TOTAL Deutschland GmbH.*

## **Wasserstoff aus erneuerbaren Energien**

Die seit 2003 von der HOCHBAHN betriebenen Brennstoffzellenbusse werden mit Wasserstoff aus erneuerbarer Energie betankt. Bereitgestellt wird der Wasserstoff von Vattenfall Europe. In den nächsten Jahren will das Unternehmen seine Kapazitäten in Hamburg weiter ausbauen.

*„Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen, vor allem Windkraft, kann in der Zukunft eine wachsende Rolle bei der Sicherung unserer Mobilität spielen“* erläutert Dr. Rainer Schubach, Generalbevollmächtigter von Vattenfall Europe, *„er ist emissionsarm und ermöglicht es, unstete Windenergie dauerhaft zu nutzen.“*

## **Forschung für die Energieversorgung der Zukunft**

Für die anwendungsbezogene Erprobung und Optimierung von Brennstoffzellensystemen werden Airbus, EADS und DLR unterstützt von der Hansestadt ein Fuel Cell Lab gründen. Ziel ist es zunächst, die Anwendung von Brennstoffzellen insbesondere in Flugzeugen zu erproben und damit die technische Einsatzreife der Systeme zu beschleunigen. Später kommen weitere Anwendungen hinzu, zum Beispiel im Verkehr. Dort soll außerdem eine Stiftungsprofessur eingerichtet werden, die von der Daimler AG unterstützt wird. Derzeit ist das Fuel Cell Lab in die Planung des Zentrums für Angewandte Luftfahrtforschung (ZAL) integriert.

### **Für Rückfragen:**

Pressestelle des Senats

Susanne Meinecke

Tel: (040) 42831-2183

[pressestelle@sk.hamburg.de](mailto:pressestelle@sk.hamburg.de)

Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Jana Tiemann

Tel.: (040) 42841-22339

[pressestelle@bwa.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwa.hamburg.de)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Volker Dumann

Tel: (040) 42840-3249

[pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de)

30. März 2009/bsu30

## **Nationale Maritime Konferenz in Rostock**

### **Hamburg wirbt für umweltfreundlichen Schiffsverkehr**

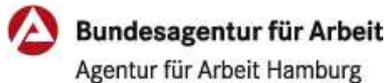
Christian Maaß, Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), hat sich heute auf der 6. Nationalen Maritimen Konferenz in Rostock für einen umweltfreundlichen Schiffsverkehr eingesetzt. Insbesondere müsse der Treibstoffverbrauch der Schiffe sowie die Umstellung von Schweröl auf umweltverträglichere Treibstoffe vorangetrieben werden, sagte Maaß auf der Konferenz, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm.

Zugleich verwies Maaß auf die Bedeutung landseitiger Strom- und Gasversorgungsanlagen für Kreuzfahrtschiffe. Hamburg habe hierzu eine europaweite Initiative gestartet, um den Schadstoffausstoß an Kreuzfahrtterminals massiv zu senken. „Hamburg ist ein Basishafen für Kreuzfahrtschiffe und damit von Schadstoffbelastungen in der Nähe von Wohnungen und Büros besonders betroffen. Unser Ziel ist es, eine Allianz europäischer Kreuzfahrt-Städte zu schmieden, die die Förderung umweltfreundlicher Energieversorgung vorantreibt“, so Staatsrat Christian Maaß. Bedingung hierfür sei eine Normierung von landseitigen Stromanschlüssen. Die Einführung einer verbindlichen Standardversion sei bereits im kommenden Jahr wahrscheinlich. Gleichzeitig verwies Christian Maaß auf einen von Seiten der BSU unterstützten Antrag, Schiffe künftig von der Stromsteuer freizustellen, die landseitigen Strom erhalten. Die Entscheidung der EU-Kommission zu dem Antrag steht noch aus.

Auf der Maritimen Nationalen Konferenz beraten mehr als 1000 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Herausforderungen und Wege zur Zukunftssicherung der maritimen Wirtschaft.

Für Rückfragen:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt  
- Pressestelle -  
Tel.: 040 / 42 840 – 3063 od. -2051

24. März 2009/bsb24



## **Gemeinschaftsprojekt von EU, Agentur für Arbeit und der Freien und Hansestadt Hamburg bringt jugendliche Flüchtlinge in betriebliche Ausbildung**

### **„Eine Chance für die Jugendlichen und für die Betriebe“**

Die zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch und der Leiter der Agentur für Arbeit Hamburg Rolf Steil haben heute im Hamburger Rathaus an die Hamburger Betriebe appelliert, auch jugendliche Flüchtlinge als Auszubildende einzustellen. „Auf der einen Seite stehen ausbildungswillige, ausbildungsfähige und ausbildungsbereite Jugendliche, auf der anderen Seite suchen Hamburger Betriebe händeringend nach geeigneten Auszubildenden. Das ist doch eine Chance für beide Seiten“, sagte Christa Goetsch.

Selbst für den Lebensunterhalt sorgen, seine Fähigkeiten ausbilden und einsetzen können, an der Gesellschaft teilhaben: Das alles war für jugendliche Flüchtlinge, die oft schon lange Jahre mit einer Duldung in Hamburg leben, lange nicht erreichbar. Die seit 2006 und 2007 gültigen neuen Bleiberechtsregelungen eröffnen nun neue Chancen für die Jugendlichen und auch für ausbildende Betriebe. Die zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch stellte heute gemeinsam mit Rolf Steil von der Agentur für Arbeit das Netzwerk „Fluchtort Hamburg“ vor, das geduldete Jugendliche bei der Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung unterstützt. Mit dabei waren Maren Gag von „Fluchtort Hamburg“ sowie mit Farid Norozian (Auszubildender Fa. Surimex), Alexandra Seeger-Breitung (Fa. Surimex), Seroos Sharifzada, Auszubildender (Fa. Nottelmann) und Marco Nottelmann, Fa. Nottelmann Auszubildende und Ausbilder, die von ihren Erfahrungen berichteten.

„Die Jugendlichen erhalten endlich eine Lebensperspektive und die Betriebe gewinnen gut vorbereitete, hoch motivierte und engagierte Auszubildende. Davon profitieren beide. Ich wünsche mir, dass wir noch viele weitere Betriebe dafür gewinnen können, Jugendliche Flüchtlinge auszubilden“, sagte Christa Goetsch heute.

„Junge Menschen mit ihren unterschiedlichen kulturellen Wurzeln stellen ein großes Potenzial dar, das Unternehmen unbedingt nutzen sollten. Als Folge der demografischen Entwicklung erfahren Betriebe, dass weniger Schulabgänger auf den Markt kommen. Der Wirtschaftsstandort Hamburg braucht diese Fachkräfte für Morgen“ bekräftigte Rolf Steil.

Das „ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“ will die Chancen jugendlicher und erwachsener geduldeter Flüchtlinge verbessern, eine Arbeit aufnehmen zu können. Eines von bundesweit 43 Netzwerken ist in Hamburg unter der Leitung der passage gGmbH im Oktober 2008 gestartet. Sieben Einzelprojekte sind in dem Netzwerkverbund „FLUCHTort Hamburg PLUS“ zusammengeschlossen. Das Projekt wird vom Europäischen Sozialfonds, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Mit dem Programm sollen rund 800 jugendliche und erwachsene Flüchtlinge erreicht werden, die gezielte Vermittlung von Jugendlichen in betriebliche Ausbildung ist ein Teil davon. 134 Jugendliche haben bislang die Projekte durchlaufen Sie sind beraten worden und haben berufsvorbereitende Maßnahmen, ein kontinuierliches Coaching sowie begleitende Hilfen und Stützmaßnahmen erhalten. Dabei arbeitet das Netzwerk eng mit der Agentur für Arbeit zusammen. 16 Jugendliche sind bisher durch das Netzwerk Fluchtort Hamburg in Ausbildung vermittelt worden. Sie werden auch während der Ausbildung unterstützt, die Netzwerkmitarbeiter sind zudem Ansprechpartner für die Betriebe. Etwa 40 Jugendliche sind ausbildungsbereit und brauchen einen Ausbildungsplatz.

Die bundesweite Flüchtlings- und Asylpolitik hat sich verändert, auch geduldete Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber können heute eine Arbeit oder eine Ausbildung aufnehmen. Nach vier Jahren Aufenthalt mit einer Duldung erhält man uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, sofern das Abschiebehindernis nicht selbst verursacht war. Damit ist eine schwerwiegende Hürde in der Beschäftigungsverfahrensverordnung abgeschafft worden, die Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und –bewerber faktisch von Arbeit und Ausbildung ausgeschlossen hatte. Denn früher durften sie nur Stellen annehmen, für die sich kein anderer Bewerber finden ließ.

Wer bis Ende 2009 nachweist, dass er seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann, dem kann ein endgültiges Bleiberecht gewährt werden. Das Hamburger Einwohnerzentralamt entscheidet darüber bis zum April 2010.

Das „Aktionsprogramm der Bundesregierung zum Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ verschafft zudem Jugendlichen einen erleichterten Zugang zu Ausbildung, die weniger als vier Jahre, aber mindestens ein Jahr mit einer Duldung in Deutschland sind. Nach vier Jahren Aufenthalt mit einer Duldung erhalten Jugendliche Leistungen nach dem BAFög und Bundesausbildungsbeihilfen (BAB).

Der Beschluss des Hamburger Senats erlaubt langjährig in Hamburg lebenden Flüchtlingen aus Afghanistan den Aufenthalt und den damit verbundenen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt.

**Kontakt:**

Pressestelle des Senats

Brigitte Köhnlein, stellvertretende Senatssprecherin

Tel: 428 31 2241

E-Mail: Brigitte.Koehnlein@sk.hamburg.de

FLUCHTort Hamburg PLUS:

Michaela Ludwig

Mobil: 0173 614 7099

E-mail: michaela.ludwig@t-online.de

\*\*

**Farid Norozian** hat die Fachhochschulreife, kommt aus Afghanistan und ist seit 12 Jahren in Deutschland. Er ist Auszubildender zum Kaufmann im Groß- und Außenhandel bei der Firma SURIMEX

**Alexandra Seeger-Breitung**, Firma SURIMEX SUPERMERCADO, Import von Spezialitäten aus aller Welt (Lateinamerika, Spanien, Portugal)

**Seroos Sharifzada**, hat den Hauptschulabschluss, kommt aus Afghanistan und ist seit 8 Jahren in Deutschland. Er ist Auszubildender zum Metallbauer bei der Firma Nottelmann.

Marco Nottelmann, Metalbaubetrieb Nottelmann

26. März 2009/bsb26

## **Grundschulen bereiten Primarschule vor Heutige 3. Klassen können nächstes Schuljahr starten**

Bereits im kommenden Schuljahr 2009/10 können Hamburger Grundschulen mit ihren heutigen 3. Klassen Elemente der Primarschule umsetzen und damit deren Übergang in die 5. Klasse der Primarschule 2010/11 vorbereiten. Heute informierte die Schulbehörde Schulen und Eltern in einem Brief über die Rahmenbedingungen, unter denen die interessierten Schulen starten können. Dieser Jahrgang kommt damit als erster in den Vorteil des längeren gemeinsamen Lernens. Alle Kinder, deren Eltern sich für diesen Weg entschieden haben, gehen im Anschluss an die Jahrgangsstufe 4 gemeinsam in die Jahrgangsstufe 5 der neuen Primarschule über. Der Übergang in eine weiterführende Schule erfolgt im Anschluss an die Jahrgangsstufe 6.

Im Folgenden werden die Rahmenbedingungen dargestellt, unter denen Primarschulen bereits zum Schuljahr 2010/11 5. Klassen und damit das längere gemeinsame Lernen einführen können. Diese Rahmenbedingungen gelten nur für diesen Jahrgang.

### 1. Welche Voraussetzungen müssen auf Seiten der Grundschule erfüllt werden?

Die wichtigste Voraussetzung für die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens bereits zum Schuljahr 2010/11 ist, dass eine hinreichend große Zahl von Eltern der jetzigen Drittklässler einer Grundschule dies wünscht. Darum ist zunächst das Interesse dieser Eltern zu erkunden.

Es sollten so viele Eltern ihr Interesse am gemeinsamen Lernen ihrer Kinder bis einschließlich Klasse 6 bekunden, dass die Bildung von mindestens zwei Parallelklassen möglich ist. Für Grundschulen mit dem Sozialindex 3 bis 6 wird eine Klassenfrequenz von mindestens 23 Schülerinnen und Schülern zugrunde gelegt, für Grundschulen mit dem Sozialindex 1 und 2 eine Klassenfrequenz von mindestens 18 Schülerinnen und Schülern. Sollten diese Zahlen unterschritten werden, ist im Einzelfall zu prüfen, ob ein Start zum kommenden Schuljahr dennoch sinnvoll sein kann.

Parallel zur Meinungsbildung in der Elternschaft der Drittklässler werden die Lehrerkonferenz und der Elternrat befasst.

Auf der Grundlage der Voten der Eltern aller Drittklässler einer Grundschule, der Lehrerkonferenz und des Elternrats entscheidet die Schulkonferenz über die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens an dieser Schule. Spricht sich die Schulkonferenz mit einer

Zwei-Drittel-Mehrheit für die Einführung aus, richtet die Schulleitung einen entsprechenden Antrag an die Behörde für Schule und Berufsbildung.

## 2. Welche Rahmenbedingungen gelten für das längere gemeinsame Lernen?

Die jetzigen Drittklässler lernen im nächsten Schuljahr – also in der vierten Klasse – nach Maßgabe des derzeit gültigen Bildungsplans für die Grundschule, allerdings mit einer wichtigen Ausnahme: Zum Schulhalbjahr gibt es keine Empfehlung der Zeugniskonferenz für den Besuch der weiterführenden Schulform. Vielmehr rücken die Schülerinnen und Schüler von Klasse 4 ohne Versetzung in die Klasse 5 auf.

In den Jahrgangsstufen 5 und 6 gelten dieselben curricularen Grundlagen wie für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die in eine Gesamtschule oder in ein Gymnasium übergegangen sind. Sowohl die Stundentafel als auch die Rahmenpläne für die Fächer und Aufgabengebiete werden so festgelegt, dass die Schülerinnen und Schüler nach der Jahrgangsstufe 6 unter den gleichen Voraussetzungen in die Jahrgangsstufe 7 der weiterführenden Schulen eintreten wie die Schülerinnen und Schüler, die in den Jahrgangsstufen 5 und 6 eine Gesamtschule, die Beobachtungsstufe der Haupt- und Realschule oder die Beobachtungsstufe des Gymnasiums besucht haben. Der Übergang in die Jahrgangsstufe 7 der weiterführenden Schulen erfolgt für alle Schülerinnen und Schüler also unabhängig von der in den Jahrgangsstufen 5 und 6 besuchten Schulform nach denselben leistungsbezogenen Kriterien.

Alternativ können die Grundschulen, die sich für das längere gemeinsame Lernen entschieden haben, bereits in Klasse 4 Elemente der neuen Primarschule umsetzen. So können sie den Englischunterricht dreistündig vorsehen und bereits in die Schriftsprache (Lesen und Schreiben) einführen – bisher ist der Englischunterricht zweistündig und auf die mündlichen Sprachkompetenzen beschränkt. Ebenso können sie bereits in Klasse 4 den Sachunterricht in die Lernbereiche Naturwissenschaften und Gesellschaft ausdifferenzieren. Und schließlich können sie bereits in der Jahrgangsstufe 5 in die zweite Fremdsprache einführen. Diese Option basiert auf den Grundlagen, die im Rahmen des Hamburger Schulversuchs „Sechsjährige Grundschule“ in den zurückliegenden Jahren entwickelt und erfolgreich erprobt worden sind.

Auch in diesem Fall erfolgt der Übergang in die Jahrgangsstufe 7 der weiterführenden Schulen unabhängig von der in den Jahrgangsstufen 5 und 6 besuchten Schulform nach denselben leistungsbezogenen Kriterien.

## 3. Weitere Rahmenbedingungen

Grundschulen, die bereits zum Schuljahr 2010/11 das längere gemeinsame Lernen einführen, stellen auch in den Jahrgangsstufen 5 und 6 feste Anfangs- und Schlusszeiten sicher: In der Jahrgangsstufe 4 beginnt der Unterricht um 8:00 Uhr und endet um 13:00 Uhr,

in den Jahrgangsstufen 5 und 6 beginnt der Unterricht um 8:00 Uhr und endet um 13:30 Uhr. Die Schulen werden mit den für die Verlässlichkeit erforderlichen Personalmitteln ausgestattet.

Als zweite Fremdsprache können bei Zweizügigkeit der Schule bis zu drei Sprachen, bei Dreizügigkeit bis zu vier Sprachen, bei Vierzügigkeit bis zu fünf Sprachen usw. angeboten werden. Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Personalmittel werden den Schulen rechtzeitig zum Schuljahr 2010/11 zugewiesen. Welche Sprachen als zweite Fremdsprache unterrichtet werden, richtet sich nach den Wünschen der Schülerinnen und Schüler (im Einvernehmen mit ihren Eltern). Der Unterricht in der zweiten Fremdsprache erfolgt zeitgleich in klassenübergreifend gebildeten Kursen. Über die Mindestfrequenz für die Einrichtung eines Kurses entscheidet die Schule im Rahmen der ihr für den Fremdsprachenunterricht zugewiesenen Ressourcen. Beispiel: Haben sich 10 Schülerinnen und Schüler einer zweizügigen Grundschule für Latein entschieden, 16 Schülerinnen und Schüler für Französisch und 20 Schülerinnen und Schüler für Spanisch, dann können alle drei Kurse eingerichtet werden.

Sollten sich Schulen mit Integrationsklassen und/oder Integrativen Regelklassen für die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens bereits zum Schuljahr 2010/11 entscheiden, so erfolgt die Ausstattung mit zusätzlichen Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen bzw. Erzieherinnen und Erziehern in den Jahrgangsstufen 5 und 6 nach Maßgabe der geltenden Bemessungsgrundlagen für die Jahrgangsstufen 1 bis 4.

Entsprechendes gilt für alle anderen Grundschulen mit einem besonderen pädagogischen Profil wie z. B. Ganztagschulen oder bilinguale Schulen: Sie erhalten die nach Maßgabe der geltenden Bemessungsgrundlagen für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 vorgesehenen zusätzlichen Sach- und Personalmittel auch für die Jahrgangsstufen 5 und 6.

#### 4. Leistungsbewertung und Übergang in die weiterführende Schulen

Die Grundschulen können in Klasse 4 an den bereits eingeführten Formen der Leistungsbewertung festhalten. Spätestens in den Jahrgangsstufen 5 und 6 werden verbindlich Lernentwicklungsberichte eingeführt, die um ein Punktesystem ergänzt werden. Mit dem herkömmlichen sechsstufigen Notensystem lässt sich das Leistungsspektrum der Schülerinnen und Schüler in heterogenen Klassen bzw. Lerngruppen nicht angemessen abbilden. Um Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern regelmäßig differenzierte Leistungsrückmeldungen geben zu können, wird in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch zwischen grundlegenden und erweiterten Anforderungen unterschieden. Die Leistungsanforderungen werden für jedes Fach auf der Grundlage der Rahmenpläne konkretisiert und erlauben so eine differenzierte Einschätzung des Leistungsstandes der Schülerin bzw. des Schülers.

Schülerinnen und Schüler, die aus welchen Gründen auch immer ihre Leistungsmöglichkeiten nicht ausschöpfen oder die die grundlegenden Anforderungen noch nicht erfüllen können oder große Unsicherheiten im Bereich der grundlegenden Anforderungen zeigen, erhalten eine gezielte Förderung auf der Grundlage eines Förderplans. Hierfür werden den Schulen zusätzliche Fördermittel bereitgestellt, die in ihrem Umfang den Kosten von Klassenwiederholungen entsprechen, die es künftig nur noch in begründeten Ausnahmefällen geben soll.

5. Wie werden die Grundschulen bei der Einführung des längeren gemeinsamen Lernens unterstützt?

Alle Grundschulen, die sich für die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens zum kommenden Schuljahr entschieden haben und die dargestellten Voraussetzungen erfüllen, machen sich unter besonderen Bedingungen auf den Weg und bedürfen daher auch einer besonderen Unterstützung und Begleitung. Dementsprechend erhalten sie zum einen zusätzliche Mittel für die Vorbereitung und Umsetzung ihres pädagogischen Programms ab dem Schuljahr 2009/10 im Umfang von 10 WAZ (Wochenarbeitszeit) für die Mitglieder ihrer Steuergruppe. Zum anderen werden sie vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) bei der Entwicklung ihrer schulbezogenen pädagogischen Programme unterstützt und begleitet.

Darüber hinaus trägt die Behörde für Schule und Berufsbildung dafür Sorge, dass die Schulen die für die Umsetzung ihrer Programme erforderlichen Lehrkräfte rechtzeitig einstellen können.

6. Zeitplan

Die Anträge der Grundschulen sollten bis zum 26. Mai in der Behörde für Schule und Berufsbildung eingegangen sein. Das bedeutet, dass die Eltern der jetzigen Drittklässler im Verlaufe des Aprils zunächst über die Möglichkeit der vorzeitigen Einführung des längeren gemeinsamen Lernens informiert werden. Es werden offene Fragen gesammelt, die entweder im Rahmen der Informationsveranstaltungen in der Schule geklärt werden können oder die der Behörde für Schule und Berufsbildung zugeleitet und zeitnah schriftlich oder auch vor Ort beantwortet werden. Bis Ende April werden die Eltern aller 3. Klassen schriftlich befragt, ob sie sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen für ein längeres gemeinsames Lernen ihrer Kinder an ihrer Grundschule aussprechen. Parallel wird die Lehrerkonferenz und der Elternrat befasst. In der ersten Maihälfte werden die Schulkonferenzen der Grundschulen auf der Grundlage der Elternvoten und des Votums der Lehrerkonferenz und des Elternrats über einen Antrag zur Einführung des längeren gemeinsamen Lernens an ihrer Grundschule entscheiden. Entscheiden sich zwei Drittel der stimmberechtigten anwesenden Mitglieder für die Einführung, leitet die Schulleitung den entsprechenden Antrag an die Behörde für Schule und Berufsbildung weiter. Nach Prüfung

der Genehmigungsvoraussetzungen wird die Behörde innerhalb von 14 Tagen der Schule mitteilen, ob der Antrag genehmigt wird.

Im Falle der Genehmigung des Antrags wird gemeinsam mit der Schulleitung festgelegt, in welcher Schrittfolge die Einführung unterstützt und begleitet wird. Diese Ziel-Leistungs-Vereinbarung wird schriftlich fixiert und der Schulöffentlichkeit zugänglich gemacht.

#### Rückfragen

Jan Bruns

stellv. Pressesprecher der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 - 3634

F: (040) 427 971 - 434

E: jan.bruns@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

[www.hamburg.de/schulreform](http://www.hamburg.de/schulreform)

26. März 2009/bsb26a

## Bildungssenatorin ehrt Hamburger Schülerzeitungen

Bildungssenatorin Christa Goetsch und die Junge Presse Hamburg (JPH) haben heute 18 Hamburger Schülerzeitungsredaktionen im Schülerzeitungswettbewerb der Länder 2009 ausgezeichnet.

„Eure Zeitungen sind das Sprachrohr der Schülerschaft. Kein anderes Medium ist so nah dran an den Gedanken, den Fragen und Themen der Schülerinnen und Schüler wie ihr“, sagte Senatorin Christa Goetsch vor den rund 130 Schülerinnen und Schülern im Auditorium des Verlagshauses Gruner+Jahr (G+J).

Auch der Vorstandsvorsitzende der JPH, Tobias Jacobsen, zeichnete in seinem Grußwort ein positives Bild der Hamburger Schülerzeitungslandschaft: „Wenn Schülerzeitung neben Deutsch, Mathe und Sachkunde auf dem Stundenplan steht, bewegen wir uns in die richtige Richtung.“

Nach ihrem Grußwort überreichte Senatorin Christa Goetsch den Preisträgerinnen und Preisträgern der einzelnen Schulformen Urkunden und Geldpreise: 1. Preis: 500 €, 2. Preis 300 €, 3. Preis 100 €. Der Verlag G+J schenkte zusätzlich allen Schülerzeitungsredaktionen ein Jahres-Abo für eine Zeitschrift: „Geolino“, „NEON“ oder „National Geographic World“.

Der Schülerzeitungswettbewerb der Länder fördert die Schülerpresse als ein wesentliches Element demokratischer Schulkultur und prämiiert die Leistungen von Schülerzeitungsredaktionen. Der Hamburger Wettbewerb wird veranstaltet von der Behörde für Schule und Berufsbildung und der Jungen Presse Hamburg mit Unterstützung des Verlagshauses Gruner+Jahr. Der Bundeswettbewerb wird getragen von der Kultusministerkonferenz der Länder und der Jungen Presse Deutschland. Die Schirmherrschaft hat der amtierende Präsident des Bundesrates. Weitere Informationen finden Sie auch unter [www.schuelerzeitung.de](http://www.schuelerzeitung.de)

### Rückfragen

Jan Bruns

stellv. Pressesprecher der Behörde für Schule und Berufsbildung  
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg  
T: (040) 428 63 – 3634, F: (040) 427 971 - 434  
E: [jan.bruns@bsb.hamburg.de](mailto:jan.bruns@bsb.hamburg.de)  
Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:  
[www.hamburg.de/schulreform](http://www.hamburg.de/schulreform)

27. März. 2009/bsb27

## Neue Oberstufenprofile sind online

### 78 Hamburger Schulen präsentieren ihre Angebote

Unter [www.hamburg.de/oberstufenprofile](http://www.hamburg.de/oberstufenprofile) können sich Schülerinnen und Schüler ab sofort umfassend über die einzelnen Profile der gymnasialen Oberstufen in Hamburg informieren. Die Profile sind nach den fünf Schwerpunkten (Sprachen, Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Sport und Kunst) und Stadtteilen geordnet.

Die Einrichtung der Profileroberstufen wurde mit der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife (APO-AH) festgelegt. Die Hamburger Schulen mit gymnasialer Oberstufe haben in den letzten Jahren gemeinsam mit Eltern und Schülerinnen und Schülern die verschiedenen Profile für ihre Schulen entwickelt.

Die Profileroberstufe eröffnet vielfältige Möglichkeiten für Fächer verbindendes Lernen und das verstärkte Lernen in Zusammenhängen als Vorbereitung auf Studium und Beruf. Gleichzeitig wird in der neuen APO-AH durch die Festlegung von Kernfächern (Deutsch, Mathematik und Fremdsprache) die Allgemeinbildung vertieft.

#### Rückfragen

Jan Bruns

stellv. Pressesprecher der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 - 3634

F: (040) 427 971 - 434

E: [jan.bruns@bsb.hamburg.de](mailto:jan.bruns@bsb.hamburg.de)

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

[www.hamburg.de/schulreform](http://www.hamburg.de/schulreform)

31. März 2009/bsb31

## Referentenentwurf zur Schulgesetznovelle vorgelegt

### Nächster Schritt: Beratung durch Kammern und Landesschulbeirat

Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat heute dem Senat einen Referentenentwurf zur Novellierung des Hamburgischen Schulgesetzes vorgelegt. Dieser wird nun gemäß § 31 der Hamburgischen Verfassung an die Bürgerschaft zu einer ersten Information über das Novellierungsvorhaben weitergeleitet. Sodann beginnen die Beratungen unter anderem mit der Eltern-, Lehrer- und Schülerinnenkammer sowie dem Landesschulbeirat.

**Frau Senatorin Goetsch:** „Mit diesem Referentenentwurf legen wir die Grundlage, um die wesentlichen Bestandteile der Hamburger Bildungsoffensive umsetzen zu können. Ich bin gespannt auf den Beratungsprozess und möchte alle Beteiligten ausdrücklich dazu aufrufen, Ergänzungsvorschläge zu machen.“

Der vorliegende Referentenentwurf dient der Umsetzung des Regierungsprogramms, mit dem der Senat Kindern und Jugendlichen in Hamburg unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche und gerechte Chancen für den Besuch von Bildungseinrichtungen und den Erwerb von Kompetenzen ermöglichen will. Mit den gesetzlichen Neuregelungen verfolgt der Senat das Ziel, die Leistungen des Bildungssystems zu erhöhen und mehr Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Übergang in Studium und berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Um den erheblichen Unterschieden in der Entwicklung, im Leistungsvermögen und im Unterstützungsbedarf der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen, sieht der Gesetzentwurf eine Neugliederung des hamburgischen Schulwesens und die Etablierung einer neuen Lernkultur an den Schulen vor.

### Neugliederung des hamburgischen Schulwesens

Mit dem Ziel einer höheren Bildungsbeteiligung soll die Schulstruktur in Hamburg weiterentwickelt werden. Leitgedanke ist dabei, für alle Schülerinnen und Schüler den Weg zu höheren Abschlüssen möglichst lange offen zu halten. Der Gesetzentwurf sieht deshalb vor, die Vielgliedrigkeit des bisherigen Schulsystems zu reduzieren. In Zukunft soll sich das

allgemeinbildende Schulwesen in Hamburg in die Primarschule, die Stadtteilschule und das Gymnasium gliedern. Die Primarschule umfasst die Grundstufe mit den Jahrgangsstufen 1 bis 3 (bzw. mit Vorschulklassen die Jahrgangsstufen 0 bis 3) und die Unterstufe mit den Jahrgangsstufen 4 bis 6; das Gymnasium besteht aus der Mittelstufe mit den Jahrgangsstufen 7 bis 9/10 und der gymnasialen Oberstufe mit den Jahrgangsstufen 10/11 bis 12, die Stadtteilschule umfasst die Mittelstufe mit den Jahrgangsstufen 7 bis 10 und die gymnasialen Oberstufe mit den Jahrgangsstufen 11 bis 13.

Mit der Neugliederung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im Anschluss an die Primarschule zwei unterschiedliche, aber gleichwertige Bildungswege zum Abitur führen. Mit der Einführung der Stadtteilschule können alle Schülerinnen und Schüler auf direktem Weg in die gymnasiale Oberstufe eintreten, sofern sie die leistungsbezogenen Voraussetzungen erfüllen. Dies hat Rückwirkungen auf die beruflichen Gymnasien, die bisher vor allem Schülerinnen und Schüler mit einem qualifizierten Realschulabschluss aufgenommen haben. Berufliche Gymnasien sollen künftig Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die neben der Berechtigung für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens ihr besonderes Interesse und ihre Eignung für die berufsbezogene Ausrichtung des Bildungsgangs nachgewiesen haben.

### **Etablierung einer neuen Lernkultur**

Die neue Lernkultur ist auf eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und das Lernen in heterogenen Gruppen ausgerichtet. Sie soll in allen Schulformen durch eine am einzelnen Kind und Jugendlichen ausgerichtete Gestaltung der Lernprozesse sowie durch differenzierte Formen der Leistungsrückmeldung und -bewertung erfolgen.

Eine wichtige Voraussetzung für individualisierte Lernformen ist die Senkung der Klassenfrequenzen bzw. die Verkleinerung der Lerngruppen. Im vorliegenden Referentenentwurf ist daher festgeschrieben, in der Primarschule und in der Stadtteilschule in der Regel keine Klasse über 25 Schülerinnen und Schüler einzurichten. In sozialstrukturell benachteiligten Stadtteilen soll die Klassen- bzw. Lerngruppengröße auf 20 Schülerinnen und Schüler begrenzt werden.

Für die Leistungsbewertung und -rückmeldung sieht der Gesetzentwurf Lernentwicklungsberichte und – ab Jahrgangsstufe 4 – skalierte Leistungsbewertungen (in Form einer Punktebewertung) vor, die die Leistungsbandbreiten innerhalb der heterogenen

Lerngruppen differenzierter abbilden können als die herkömmlichen Notenstufen. Schülerinnen und Schüler in der Grundstufe der Primarschule erhalten einmal jährlich, ab der Unterstufe der Primarschule auch zum Schulhalbjahr ein Zeugnis. Notenzeugnisse am Ende des ersten Halbjahres der Klassenstufe 6, ab dem Ende der Klassenstufe 9 und in der Sekundarstufe II sowie beim Verlassen der Schule sind Notenzeugnisse verbindlich vorgegeben.

Die Schulen sind verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern regelmäßig über die individuellen Leistungen und Lernfortschritte zu informieren. In jedem Schulhalbjahr ist mindestens ein Lernentwicklungsgespräch zu führen. Anstelle von Klassenwiederholungen sollen die Schulen künftig individuelle Lern- und Fördervereinbarungen abschließen, wenn Schülerinnen und Schüler in einem oder mehreren Fächern oder Lernbereichen das in den Rahmenplänen ausgewiesene Anforderungsniveau nicht erreichen können.

Die Schulgesetznovelle sieht eine neue Übergangsregelung nach der 6. Klasse der Primarschule vor. Alle Schülerinnen und Schüler haben das Recht, in die Jahrgangsstufe 7 der Stadtteilschule überzugehen, während in die Jahrgangsstufe 7 des Gymnasiums nur übergehen kann, wer die leistungsbezogenen Voraussetzungen erfüllt. Alle Übergangentscheidungen sollen künftig unter Berücksichtigung der individuellen Lern- und Leistungsentwicklung sowie auf der Grundlage diagnosegestützter Verfahren und verbindlichen Lernentwicklungsgesprächen mit den Eltern getroffen werden. Näheres wird in einer Rechtsverordnung geregelt werden.

Die Mitwirkungsrechte von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern sollen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gestärkt werden. So werden zukünftig die Schülerinnen und Schüler ab der 4. Klasse an den Beratungen und Beschlüssen der Schulkonferenz der Primarschule beteiligt werden. Zudem werden die Informations- und Entscheidungsrechte der Schulkonferenz erweitert; u. a. wird der Abschluss der Ziel- und Leistungsvereinbarung zwischen der Schule und der Schulbehörde in die Entscheidungsrechte aufgenommen.

### **Weiteres Verfahren zur Novellierung des Schulgesetzes**

Der Referentenentwurf geht nun Eltern-, Lehrer und Schülerinnenkammer sowie dem Landesschulbeirat zur Stellungnahme zu. Eine Befassung der Deputation der Behörde für Schule und Berufsbildung ist für den Mai 2009 vorgesehen. Anschließend wird erneut der

Senat befasst und es erfolgt die formale Zuleitung eines Gesetzentwurfes an die Hamburgische Bürgerschaft.

### Zeitplan Schulreform

<b>Zeitraum</b>	<b>Verfahren Gesetzesnovelle</b>	<b>Verfahren Standortplanung</b>
03/2009	Zustimmung des Senat zur Vorabinformation der Hamburgischen Bürgerschaft gemäß Artikel 31 der Hamburgischen Verfassung zum Referentenentwurf zur Novellierung des Hamburgischen Schulgesetzes und zur Verteilung an Kammern, Landesschulbeirat und Deputation	
03/2009	Weiterleitung des Referentenentwurfes an die Hamburgische Bürgerschaft und Verteilung an die Kammern, den Landesschulbeirat und die Deputation	
03-04/2009		4. Runde RSK
04-05/2009	Beratung des Referentenentwurfes in Kammern, Landesschulbeirat und Deputation	
05/2009	Befassung des Senats mit der Novellierung des Hamburgischen Schulgesetzes und Überweisung an die Hamburgische Bürgerschaft	5. Runde RSK mit Abgabe von Standortempfehlungen
05-07/2009		Prüfung der Standortempfehlungen der RSK durch die Behörde für Schule und Berufsbildung
07/2009		Versand der Behördenempfehlungen für künftige Schulstandorte an Schulen, Kammern und Deputation sowie Einleitung des Abstimmungsverfahrens mit den Bezirken
Terminierung liegt in der Kompetenz der Hamburgischen Bürgerschaft	Beschlussfassung der Hamburgischen Bürgerschaft zur Schulgesetznovelle	
12/2009		Beschlussfassung der Deputation zu den künftigen Schulstandorten

Rückfragen

Jan Bruns

stellv. Pressesprecher der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 – 3634 F: (040) 427 971 – 434 E: [jan.bruns@bsb.hamburg.de](mailto:jan.bruns@bsb.hamburg.de)

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

[www.hamburg.de/schulreform](http://www.hamburg.de/schulreform)

1. April 2009/bsb01

## Referentenentwurf zur Schulgesetznovelle online

Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat heute den Referentenentwurf zur Novellierung des Hamburgischen Schulgesetzes im Internet veröffentlicht.

In einer Übersicht werden die bisherigen Regelungen im Gesetz und die Änderungsvorschläge mit den dazugehörigen Begründungen dargestellt, damit sich alle Interessierten schnell und übersichtlich informieren können. **Das Dokument kann unter [www.hamburg.de/schulreform](http://www.hamburg.de/schulreform) heruntergeladen werden.**

Der Referentenentwurf geht nun Eltern-, Lehrer- und Schülerkammer sowie dem Landesschulbeirat zu, damit diese Gremien ihre Stellungnahme abgeben können. Der weitere Beratungsablauf sieht vor, der Hamburgischen Bürgerschaft im Mai 2009 offiziell die Gesetzesnovelle zuzuleiten.

### Rückfragen

Jan Bruns

stellv. Pressesprecher der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 - 3634

F: (040) 427 971 - 434

E: [jan.bruns@bsb.hamburg.de](mailto:jan.bruns@bsb.hamburg.de)

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

[www.hamburg.de/schulreform](http://www.hamburg.de/schulreform)

23. März 2009/bsg23

## Tipps für eine familienbewusste Personalpolitik

Neue Broschüre der Familienbehörde für Hamburger Unternehmen

Immer mehr Unternehmen erkennen, wieviel Potential in einer familienbewussten Personalpolitik steckt. Eine Broschüre, die die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz jetzt im Rahmen des Projektes „Dialog mit Hamburger Unternehmen“ herausgegeben hat, zeigt Nutzen und Chancen familienbewusster Firmenkonzepete für Betriebe und Beschäftigte auf. Sie gibt Tipps, wie Frauen im Unternehmen gehalten und gefördert werden können und soll dazu beitragen, dass sich Arbeitgeber für eine chancengleiche Einbeziehung von Frauen im Unternehmen engagieren. Zeitgleich mit der Veröffentlichung der Broschüre startet heute auch die bundesweite Aktionswoche „Wirtschaft + Familie = Wachstum“, mit der der Aspekt familienfreundliche Personalpolitik in den Fokus gestellt wird.

Dietrich Wersich, Senator für Soziales und Familie: „Eine familienfreundliche Personalpolitik gewinnt für Unternehmen immer mehr an Bedeutung und viele erkennen: Wenn ich in eine familienfreundliche Arbeitswelt investiere, zahlt sich das auch für das Unternehmen aus. Ich hoffe, dass die Broschüre viele weitere Betriebe in diesem Sinne motiviert.“

Die rund 30-seitige Broschüre „Chancengleiche Personalpolitik – Tipps und Anregungen für die betriebliche Praxis“ ist kostenlos erhältlich bei der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, Telefon 040/42863-7778. Im Internet ist die Broschüre einzusehen unter [www.hamburg.de/gleichstellung](http://www.hamburg.de/gleichstellung)

### Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

24. März 2009/bsg24

## Hamburg erhält Pflegestützpunkt speziell für behinderte Kinder und Jugendliche

Das Spezialangebot ergänzt die zunächst acht bezirklichen Pflegestützpunkte

Nachdem sich Sozialbehörde, Bezirksämter und Pflegekassen Mitte Januar auf die Einrichtung von zunächst acht Pflegestützpunkten in Hamburg verständigt haben, wurde jetzt gemeinsam die Einrichtung eines neunten Stützpunktes beschlossen. In Ergänzung zu den acht anderen richtet sich der neunte Stützpunkt an eine spezielle Zielgruppe: Eltern von Kindern mit Behinderungen und Pflegebedarf. Senator Dietrich Wersich: „Mit dem Spezialpflegestützpunkt ermöglichen wir Eltern von behinderten Kindern, alle Fragen und Angelegenheiten rund um das Thema Pflege und Behinderung an einem Ort zu klären. Das kann für sie eine erhebliche Entlastung sein und ich hoffe, dass viele Eltern diese Unterstützung in Anspruch nehmen.“

Der Spezialpflegestützpunkt wird unter dem Dach des Beratungszentrums „Sehen/Hören/Bewegen/Sprechen“ eingerichtet. Dort wird Eltern und Kindern bereits jetzt eine umfassende Diagnostik und Beratung zu Entwicklungsstörungen und Behinderungen angeboten. Nun wird dieses Zentrum von den Pflegekassen mit einem Pflegeberater verstärkt und kann auch zu Fragen der finanziellen und praktischen Absicherung der Pflege beraten. Diese Erweiterung des bisherigen Angebotes in Form eines Spezialpflegestützpunktes steht ab Mai zur Verfügung, zunächst befristet bis 30.6.2010. Bis dahin soll der spezielle Beratungsbedarf zu Pflegefragen bei pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen evaluiert und bewertet werden.

Beratungszentrum Sehen/Hören/Bewegen/Sprechen (im Bezirksamt Hamburg-Nord)

Eppendorfer Landstraße 59 (Geschäftsstelle Raum 316)

20249 Hamburg (Winterhude)

Telefon 040/428042545

### **Aufgaben von Pflegestützpunkten**

Im Pflegestützpunkt erhalten Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen nicht nur allgemeine Auskünfte und Beratung rund um das Thema Pflege, auf Wunsch kann auch das gesamte Leistungsgeschehen koordiniert werden. Wenn jemand z.B. Leistungen zur Behandlung von Erkrankungen oder Hilfe zur Pflege beantragen will, mussten bisher verschiedene Stellen aufgesucht werden (Kranken-/Pflegekassen bzw. Bezirksamter). In einem Pflegestützpunkt gibt es all diese Informationen an einem Ort. Die dort ansässigen Pflegeberaterinnen und -berater übernehmen die Koordination der einzelnen Schritte und helfen den Betroffenen z.B. bei der Auswahl geeigneter Einrichtungen und dem Ausfüllen von Anträgen.

In Hamburg gibt es zunächst in jedem Bezirk einen Pflegestützpunkt, in Wandsbek als größten Bezirk zwei. Hinzu kommt der neue Spezialpflegestützpunkt. Über den weiteren Ausbau der Pflegestützpunkte werden sich die Vertragspartner Ende 2010 verständigen und dabei die bis dahin vorliegenden Erfahrungen einbeziehen.

Weitere Informationen über Pflegestützpunkte in Hamburg gibt es unter [www.hamburg.de/pflege](http://www.hamburg.de/pflege) im Internet.

### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

25. März 2009/bsg25a

## Neue Schuldnerberatungsstelle für Eimsbüttel

**Sozialbehörde baut Beratungsangebot weiter aus – 776.000 Euro mehr in 2009**

Um der großen Nachfrage nach Schuldnerberatung nachzukommen, baut die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz das Angebot öffentlich geförderter Schuldnerberatungsstellen weiter aus. Dazu ist unter anderem geplant, eine neue Schuldnerberatungsstelle in Hamburg - Eimsbüttel einzurichten. Dieses Beratungsangebot ist seit heute (zum 25.03.) öffentlich ausgeschrieben. Senator Dietrich Wersich: „Wir wollen Menschen mit Überschuldung wieder Perspektiven für ein finanziell geregeltes Leben geben. Mit der neuen Schuldnerberatungsstelle in Eimsbüttel erreichen wir, dass wir über die Stadt verteilt ein entsprechendes Angebot für die Hamburger haben und zugleich die Fallzahlen in der Beratung flächendeckend erhöht werden können.“

Finanziert wird der Ausbau der Schuldnerberatung mit 776.000 Euro, wovon 630.000 Euro auf die neue Beratungsstelle entfallen. Mit den 150.000 Euro werden die bereits bestehenden öffentlich geförderten Beratungsstellen zu gleichen Teilen unterstützt, um deren Beratungskapazität zu erhöhen. Insgesamt belaufen sich die Mittel der Sozialbehörde für die Schuldnerberatung im Jahr 2009 damit auf rd. 3,9 Mio. Euro.

Die neue Beratungsstelle in Hamburg - Eimsbüttel soll darüber hinaus besonders die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigen. Im Jahr 2007 waren in Hamburg rd. 19 Prozent der Ratsuchenden in der Schuldnerberatung Ausländer (der Anteil der hamburgischen Bevölkerung mit ausländischem Pass liegt bei rd. 15 Prozent).

Die Ausschreibungsunterlagen sind im Internet unter [www.hamburg.de/bsg](http://www.hamburg.de/bsg) in der Rubrik Ausschreibungen/Bekanntgaben veröffentlicht.

### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

27. März 2009/bsg27

## Mehr Teilhabe für ältere Menschen mit Behinderung

### Sozialbehörde führt neue Leistung ein – Rettung für das Seniorenprojekt Bergstedt

**Menschen mit Behinderung, die in einer Werkstatt für Behinderte arbeiten, fällt die Umstellung vom aktiven Arbeitsleben in den Ruhestand oft besonders schwer. Um sie bei der Neugestaltung ihres Alltags zu unterstützen und die Teilhabe von älteren Menschen mit Behinderung am Leben in der Gemeinschaft zu fördern, führt die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz zum 1. April eine neue Leistung ein. Behinderte Menschen ab dem 55. Lebensjahr, die aus einer Werkstatt für behinderte Menschen ausscheiden, erhalten je nach Bedarf zwischen 60 und 240 Euro monatlich, mit denen sie tagesstrukturierende Angebote finanzieren können. Auf diese Weise kann auch der Fortbestand des Seniorenprojektes Bergstedt gesichert werden.**

„In den kommenden Jahren werden in Hamburg rund 300 Menschen, die in einer Behindertenwerkstatt arbeiten, aus Altersgründen in Rente gehen. Vielen von ihnen fällt es schwer, ihren Alltag ohne Arbeit zu gestalten. Mit der neuen Leistung möchten wir behinderten Menschen helfen, auch im Alter am Leben in der Gemeinschaft teilzuhaben“, sagt **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Besonders wünsche ich mir, dass durch diese Unterstützung das Seniorenprojekt Bergstedt weiterarbeiten kann und es auch in anderen Stadtteilen solche tagesstrukturierenden Angebote für ältere behinderte Menschen geben wird. Das wollen wir ausdrücklich fördern, so steht es auch im Koalitionsvertrag.“

Seit Herbst 2002 unterstützt das Seniorenprojekt Bergstedt ältere behinderte Menschen, ihrem Alltag mehr Farbe zu geben. Mehrere Träger der Behindertenhilfe halten in den Räumen der Begegnungsstätte ein bewährtes Angebot zur Tagesstrukturierung vor. Die bisherige Finanzierung aus Spendenmitteln läuft zum 31. März aus. Mit der neuen Sozialleistung können tagesstrukturierende Angebote wie die des Seniorenprojektes Bergstedt finanziert werden.

Bis Ende 2010 soll die neue Sozialleistung, die beim Bezirksamt beantragt wird, erprobt werden. Entsprechend ihrer Inanspruchnahme und ihrer Wirkung wird über eine Fortführung oder Weiterentwicklung der Leistung entschieden.

#### Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Jasmin Eisenhut, Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49  
E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de), Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

30. März 2009/bsg30

## **Pflegestatistik beweist: Ausbildung geht!**

**Senator Wersich appelliert an Pflegebetriebe in Hamburg**

**Dietrich Wersich, Senator für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, sagt anlässlich der Pflegestatistik 2007, die jetzt vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht worden ist: „Die Pflegestatistik zeigt, dass Ausbildung in Pflegeheimen und ambulanten Diensten möglich ist. Ich appelliere deswegen an die Hamburger Pflegeinstitutionen, mit uns gemeinsam die Bereitschaft der stationären und ambulanten Dienste zur Ausbildung von Nachwuchskräften zu erhöhen.“**

Die Pflegestatistik weist aus, dass sowohl in Hamburger Pflegeheimen als auch in Pflegediensten eine unterdurchschnittliche Zahl von Praktikanten, Schülern und Auszubildenden beschäftigt wird.

Hintergrundinformationen zur Beschäftigungs- und Ausbildungssituation in der Pflege in Hamburg: [www.hamburg.de/bsg/pressemeldungen/nofl/1157344/2009-02-09-bsg-pflege-in-hamburg.html](http://www.hamburg.de/bsg/pressemeldungen/nofl/1157344/2009-02-09-bsg-pflege-in-hamburg.html)

### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

31. März 2009/bsg31

## **Integrationsbeirat begrüßt Einbürgerungskampagne Plenum unterstützt Pläne des Senats zur Erhöhung der Einbürgerungszahlen**

**Unter Vorsitz von Sozialsenator Dietrich Wersich ist der Hamburger Integrationsbeirat gestern Abend zu seiner zweiten Sitzung zusammen gekommen. Im Mittelpunkt der Beratungen der 70 Mitglieder im Hamburger Rathaus stand das Thema „Förderung von Einbürgerungen“.**

Der Integrationsbeirat verabschiedete hierzu folgenden Beschluss:

*Der Hamburger Integrationsbeirat unterstützt ausdrücklich die Zielsetzung, die Zahl der Einbürgerungen zu steigern. Mit der Einbürgerung erwerben Menschen mit Migrationshintergrund alle staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten und erhalten erweiterte Chancen im Bereich der politischen sowie gesellschaftlichen Teilhabe. Der Integrationsbeirat begrüßt die Absicht der Innenbehörde, durch Stellenaufstockungen und organisatorische Maßnahmen die Dauer der Einbürgerungsverfahren deutlich zu verkürzen. Der Integrationsbeirat begrüßt die vom Senat geplante Kampagne zur Förderung der Einbürgerung und gibt Hinweise zu deren Durchführung:*

- *Die Kampagne soll die Vorteile und Leit motive für die Einbürgerung aufzeigen und ein Zeichen des Willkommens setzen.*
- *Sie soll alle für eine Einbürgerung wichtigen Informationen differenziert und zielgruppengerecht vermitteln.*
- *Eine Kampagne soll durch Aufklärung dazu beitragen, Befürchtungen, Vorurteile und Hemmungen abzubauen.*
- *Durch den Einsatz von geeigneten Multiplikatoren (z.B. in Kitas, Schulen, Treffpunkten, Organisationen) sollen neben schriftlichen auch persönliche Zugangswege erschlossen und Menschen zielgerecht angesprochen werden.*
- *Der Integrationsbeirat wird sich an der Umsetzung der Kampagne beteiligen.*

Die Einbürgerungskampagne soll im kommenden Jahr realisiert werden.

Neben der Einbürgerungskampagne standen unter anderem die Berichte aus den Themenforen sowie die Ausschreibung des Integrationspreises auf der Tagesordnung. Die nächste Plenumsitzung des Integrationsbeirates wird Ende September stattfinden. Bis

dahin werden die Themenforen erneut zusammenkommen und einzelne Themenbereiche tiefergehend beraten.

Nähere Informationen über die Zusammensetzung, Aufgabe und Arbeit des Hamburger Integrationsbeirates gibt es im Internet unter [www.hamburg.de/integrationsbeirat](http://www.hamburg.de/integrationsbeirat).

**Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

25. März 2009/bsg25

## Verbraucherwarnung: Dioxin in Schafleber

**Gesundheitsbehörde rät von einem Verzehr ab – Schaffleisch unbedenklich**

Bei Laboruntersuchungen von zwei aus Schleswig-Holstein stammenden Schafleberproben wurden in Hamburg deutliche Überschreitungen der festgelegten Höchstgehalte für Dioxine und dioxinähnliche Polychlorierte Biphenyle (dl-PCB) festgestellt. Eine gesundheitliche Gefährdung ist durch den Verzehr zwar nicht zu befürchten, dennoch rät die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz vorsorglich davon ab, Schaflebern zu essen, um eine unnötige Anreicherung der Substanzen im Körper zu vermeiden. Schaffleisch kann dagegen ohne Bedenken verzehrt werden.

Die Befunde decken sich mit den Untersuchungsergebnissen anderer deutscher Bundesländer wie Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Die Ursache für die hohe Belastung der Schaflebern konnte bisher nicht geklärt werden.

### Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

26. März 2009/bsg26



**Institut für Hygiene und Umwelt**  
Hamburger Landesinstitut für Lebensmittel- und  
Gesundheitsschutz und Umweltuntersuchungen

## **Bisher kein Melamin in importierten chinesischen Lebensmitteln nachgewiesen**

**Seit Januar 2009 hat das Institut für Hygiene und Umwelt in Kooperation mit dem Veterinäramt Grenzdienst insgesamt 95 Lebensmittelimportproben auf Rückstände von Melamin analysiert. In keiner der bislang untersuchten Proben wurde Melamin nachgewiesen.**

Das Thema Melamin hat im Sommer und Herbst 2008 – ausgelöst durch den chinesischen „Milchskandal“ – die Verbraucher verunsichert. Die Chemikalie Melamin wurde Milchpulver illegal zugesetzt, um einen höheren Proteingehalt vorzutäuschen. Dieser ist neben dem Fettgehalt die wertgebende Komponente bei Milch: Je höher der Proteingehalt, desto höhere Preise lassen sich mit der Milch erzielen.

Spätestens seit 2007 ist bekannt, dass die regelmäßige Aufnahme von Melamin zu Nierenschädigungen führen kann. In den USA starben damals Haustiere an Nierenschäden; als Ursache hierfür wurde der illegale Zusatz von Melamin in Tierfutter identifiziert. Ein Jahr später erkrankten in China Tausende Kleinkinder durch manipulierte Milch, mehrere Todesfälle wurden bekannt.

Durch die Importkontrolle auffälliger chinesischer Lebensmittel will die Europäische Union sicherstellen, dass keine mit Melamin kontaminierten Lebensmittel in Europa auf den Markt kommen. Bei den im Institut für Hygiene und Umwelt untersuchten Proben handelt es sich um Importe chinesischer Lebensmittel, die aufgrund der Melamin-Lebensmittel-Futtermittel-Einfuhrverbotsverordnung auf Melamin überprüft werden. Unter diese Verordnung fallen neben Lebensmitteln aus Milch und Milcherzeugnissen auch Lebensmittel mit Sojaanteilen.

Im Rahmen der Importkontrolle wurden bislang untersucht:

- 35 Proben Sojasauce
- 21 Proben Sojaprotein
- 7 Proben Surimi
- 5 Proben Teigtaschen

- 5 Proben sonstige Saucen
- 3 Proben Tofu
- 3 Proben Garnelen/Shrimps, paniert
- 16 sonstige Proben, unter anderem Schokolade, Casein, Nudeln, Paniermehl

Die Untersuchungen werden aufgrund der oben genannten Verordnung weiter fortgesetzt.

**Rückfragen:**

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Pressesprecherin Institut für Hygiene und Umwelt

Janne Klöpffer

Tel. + 49 (40) 428 45-7304, Fax +49 (40) 428 45-7574

E-Mail: [janne.kloepper@hu.hamburg.de](mailto:janne.kloepper@hu.hamburg.de)

23.03.2009/bwf23

## **HCU-Neubau wird nicht teurer als geplant**

### **Wissenschaftsbehörde weißt falsche Darstellung im Hamburger Abendblatt zurück**

In einem Artikel des Hamburger Abendblattes von heute wird behauptet, dass sich die Baukosten für die HafenCity Universität Hamburg (HCU) mehr als verdoppeln und statt mit 37 Mio. nun mit 85 Mio. kalkuliert werde.

Hierzu stellt die Behörde für Wissenschaft und Forschung richtig:

Die Gesamtinvestitionskosten inklusive Ersteinrichtungskosten für den HCU-Neubau liegen bei 65,7 Mio. Euro. Die im Artikel genannte Summe von 37 Mio. stellt einen Richtwert für den sogenannten „Architektenwettbewerb“ dar. Darin enthalten sind Kostengruppen, die für den Architektenwettbewerb von Bedeutung waren, nicht aber Kostengruppen, die unabhängig vom Wettbewerb anfallen, wie. z.B. Kosten für die Ersteinrichtung oder Baunebenkosten. In der Kostenprognose von 2006 betrug das Gesamtinvestitionsvolumen 55 Mio Euro. In der Kostenprognose 2008, die Grundlage für derzeitige Erstellung der Drucksache ist, ergibt sich ein Gesamtinvestitionsvolumen von knapp 66 Mio Euro. Diese Summe ist bei der Vorstellung des HCU-Neubaus am 19.12.2008 von Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach mitgeteilt worden und hat nach heutiger Erkenntnis weiterhin Bestand. Die Mehrkosten der Prognose in 2008 zu der in 2006 ergeben sich durch höhere Kosten zur Umsetzung des anspruchsvollen ökologischen Gesamtkonzepts, einen gestiegenen Baukostenfaktor sowie zusätzliche Kosten für den Bau einer Tiefgarage. Entgegen der Darstellung im Abendblatt-Artikel wird der HCU-Neubau nicht aus Mitteln der Hamburger Konjunkturoffensive realisiert, sondern aus bereits in den Haushalt eingestellten Mitteln.

Der Gebäudebestand am bisherigen Standort der HCU in der Hebebrandstraße stammt aus den siebziger Jahren und ist bisher nicht umfassend saniert worden. Zudem entspricht der Gebäudebestand in seiner Grundrissorganisation und Raumstruktur nicht den Anforderungen eines modernen Lehr- und Forschungsbetriebes. Für eine im qualitativen Standard mit einem Neubau vergleichbare Modernisierung der Hebebrandstraße wären Baukosten zwischen ca. 40 und 46,5 Mio. Euro anzusetzen gewesen, ohne dass dadurch ein qualitativ und funktional akzeptables Gebäude entstanden wäre. Für ein mit dem geplanten

Neubau vergleichbares Gebäude wäre auch am Standort Hebebrandstraße ein Neubau notwendig gewesen. Je nach verwendeten Richtwerten würden sich die prognostizierten Kosten inkl. Abriss des alten Gebäudes auf ca. 57 bis 61 Mio. Euro belaufen.

In der Drucksache 18/1146 vom 2. November 2004 wurde ein Standort in der HafenCity vorgeschlagen, um „durch einen architektonisch anspruchsvollen Neubau in exponierter Lage die besondere Baukultur Hamburgs hervorzuheben“. Aufgrund dieser Grundsatzentscheidung wurden von den fachlich zuständigen Behörden BWF, Finanzbehörde und BSU mehrere alternative Standorte für die neue HafenCity Universität geprüft. Das jetzt ausgewählte Grundstück erfüllt die zugrunde gelegten Kriterien. Es liegt in exponierter wasserseitiger Lage am Baakenhafen/Magdeburger Hafen und gehört der Stadt Hamburg.

Für den Neubau der HCU soll das vorgesehene Grundstück am Baakenhafen/Magdeburger Hafen aus dem Sondervermögen Stadt und Hafen in das Verwaltungsvermögen der BWF übertragen werden. An das Sondervermögen Stadt und Hafen ist eine Werterstattung in Höhe des Verkehrswertes zu entrichten. Diese Werterstattung soll durch Übertragung der Immobilie Hebebrandstraße sowie weiterer Immobilien erfolgen. Der Verkehrswert des Grundstücks in der HafenCity beträgt nach Schätzungen der HafenCity Hamburg GmbH etwa 19,5 Mio. Euro. Eine Wertbeurteilung des Gutachterausschusses für Grundstückswerte vom 4. Mai 2005 beziffert den Verkehrswert der Immobilie Hebebrandstraße auf ca. 13 Mio. Euro. Für die verbleibende Differenz in Höhe von ca. 6,5 Mio. Euro wird sich die BWF verpflichten, diese aus weiteren Grundstücksübertragungen abzudecken.

Für die Errichtung des HCU-Neubaus am Standort in der HafenCity fallen folglich keine real zu entrichtenden Kosten für den Erwerb des Grundstücks an, die den Haushalt der Stadt Hamburg belasten.

Die Entwicklungen und Zahlen sind von der BWF fortlaufend und transparent dargestellt worden, zuletzt im Wissenschaftsausschuss am 19.02.2009. Für die Weitergabe falscher Informationen zeichnet die BWF nicht verantwortlich.

**Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,  
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

27.03.2009/bwf27



## Neue Krebsforschungs-Firma in Hamburg

**Bluttests erlauben maßgeschneiderte Therapien /**

**Wissenschaftssenatorin Dr. Gundelach begrüßt Aufwertung des  
Life Science Standortes Nord**

In Anwesenheit von Hamburgs **Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach** findet am Sonntag, den 29. März 2009 die Gründungsfeier der Biotech Firma Inostics GmbH in Hamburg statt. **Prof. Dr. Bert Vogelstein**, der weltweit bekannteste Krebsforscher und Mitgründer von Inostics, nimmt an der Gründungsfeier teil.

Die Gründung der Inostics GmbH ist die unmittelbare Folge einer langjährigen, engen Zusammenarbeit des Hamburger Krebsforschungszentrums Indivumed mit Prof. Dr. Bert Vogelstein vom *Ludwig Center for Cancer Genetics & Therapeutics* und dem *Howard Hughes Medical Institutes* an der *Johns Hopkins University in Baltimore (USA)*. Die wissenschaftliche Leitung bei Inostics übernimmt der ehemalige Johns Hopkins Forscher Dr. Frank Diehl als Geschäftsführender Gesellschafter.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Die Gründung von Inostics in Hamburg ist angesichts des US-geprägten Gesellschafter-/ Wissenschaftlerkreises ungewöhnlich und wertet den Life Science Standort Nord erheblich auf. Schon die Muttergesellschaft Indivumed hat sich zu einem international etablierten Biotechnologieunternehmen entwickelt und bildet eine Brückenfunktion zwischen Therapie, Diagnostik und Technologieplattform. Ich bin mir sicher, dass Inostics dazu beitragen wird, die Kompetenzen in einer der Fokusindikationen des Life Science Clusters, der Onkologie, weiter auszubauen.“

Ziel von Inostics ist die Individualisierung der Krebstherapie mit Hilfe DNA-basierter Diagnostik. Schlüsseltechnologie ist eine bahnbrechende Erfindung von Prof. Dr. Vogelstein und weiteren Wissenschaftlern der Johns Hopkins University: die sogenannten „BEAMing-Technologie“. Mit ihr können kleinste Mengen an krebisrelevanten DNA-Molekülen in Gewebe und Blut aufgespürt und quantifiziert werden.

„Mit der Gründung von Inostics haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, um Krebstherapien zu individualisieren und damit zu optimieren. Unsere Technologie erleichtert die klinische Prüfung neuer Wirkstoffe und ermöglicht es, die Anwendung bereits existierender Krebsmedikamente zu verbessern“ so Indivumed-Vorstand **Prof. Dr. Hartmut Juhl**.

### **Volkskrankheit Krebs**

Jährlich erkranken rund 10,9 Millionen Menschen an Krebs weltweit. Mehr als die Hälfte der Betroffenen sterben daran – eine Situation, die sich dramatisch verbessern ließe, wenn die Krankheit im Frühstadium entdeckt und die Therapie besser auf den einzelnen Patienten angepasst werden könnte. Durch die DNA-Analyse mittels der BEAMing-Technologie kann Krebs früher entdeckt und die Unterschiede der vielen Krebserkrankungen auf zellulärer Ebene erkannt werden. Der Patient und sein behandelnder Arzt können anhand eines einfachen Bluttests wichtige Information über die Eigenschaften der persönlichen Krebserkrankung erfahren - ohne dass eine Operation nötig ist. Die Bestimmung der Veränderungen in der „Krebszell-DNA“ erlaubt Rückschlüsse auf die Wirksamkeit bestimmter Medikamente. Damit können Therapien den individuellen Eigenschaften der Krebserkrankung von Patient zu Patient angepasst werden.

#### **Kontakt:**

Prof. Dr. Hartmut Juhl  
CEO der Indivumed GmbH sowie der Inostics GmbH  
Tel: +49 (0)40 413383-0  
E-Mail: [juhl@indivumed.com](mailto:juhl@indivumed.com)

Dr. Frank Diehl  
CSO Inostics GmbH  
Tel: +49 (0)40 413383-90  
E-Mail: [diehl@inostics.com](mailto:diehl@inostics.com)

#### **Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,  
Tel.: +49 (0)40 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

Indivumed GmbH, Caralee Gill,  
Tel.: +49 (0)40 4133-8375, E-Mail: [gill@indivumed.com](mailto:gill@indivumed.com)

31. März 2009/bwf31

## **Perspektiven für die Universität Hamburg**

### **Ergebnisse der Entwicklungsstudie mit vier Szenarien vorgestellt**

Um dem besorgniserregenden baulichen Zustand der Universität Hamburg ein Ende zu bereiten und der Uni optimale Perspektiven zu sichern, hatte Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach im Sommer 2008 eine Expertenstudie in Auftrag gegeben, um vier Szenarien für die bauliche Entwicklung der Universität Hamburg auf ihre Realisierbarkeit und Eignung zu prüfen. Heute wurden die Ergebnisse dieser Entwicklungsstudie vorgestellt. Die Szenarien reichen von einer Sanierung oder einem Neubau am jetzigen Standort über eine Verlegung wichtiger Bereiche der Uni von Eimsbüttel auf Teile des Kleinen Grasbrooks bis hin zu einem kompletten Hochschul-Neubau am Hafen.

Neben den Perspektiven für die Uni stellt die Studie auch die finanzielle Realisierbarkeit der einzelnen Szenarien und die Auswirkungen auf die Entwicklung der Stadt dar. Im nächsten Schritt sollen die Ergebnisse der Studie mit den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern sowie allen Interessierten diskutiert werden. Hierzu richtet die Wissenschaftsbehörde ein Bürgerforum im Internet ein. Ziel ist es, auf Grundlage der Ergebnisse der Entwicklungsstudie und der Bürgerbeteiligung eine Entscheidung des Senats in der zweiten Jahreshälfte vorzubereiten.

#### **Wissen als Schlüsselrolle**

Die Gesellschaft befindet sich heute in einem tiefgreifenden Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Gerade die wissensbasierten Wirtschaftsbranchen wachsen enorm. Wissenschaft und Forschung sind ein entscheidender Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb der Standorte und somit auch wesentliche Grundlagen für die Zukunft Hamburgs. Um die Hansestadt weiter auf hohem internationalem Niveau zu positionieren, müssen Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des Standortes im Wettbewerb um Spitzenforscher, Studenten und Investoren entscheidend verbessert werden. Der Universität Hamburg kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Neben der strukturell-inhaltlichen Stärkung muss auch nachhaltig in die bauliche Infrastruktur investiert werden, um den derzeitigen

baulichen MIsstand zu korrigieren sowie zukünftige Flächen- und Raumbedarfe zu der Uni abdecken zu können.

### **Desolater Bauzustand und fehlender Raum für Wachstum**

Von den rund 125 Gebäuden des zentralen Campus der Universität sind ca. zwei Drittel in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Bis auf wenige, in den vergangenen Jahren modernisierte bzw. neu errichtete Bauten weisen die meisten Universitätsgebäude einen erheblichen Sanierungsstau auf. Darüber hinaus benötigt die Universität in der Zukunft deutlich mehr Fläche als ihr heute zur Verfügung steht. Das zu erwartende Flächenwachstum wurde in zwei Schritten für den Zeitraum bis 2012 und bis 2020/2025 ermittelt und den Planungen zu Grunde gelegt. Wesentlich für den zunehmenden Flächenbedarf sind der steigende Personalbestand der Universität, veränderte räumliche Anforderungen an Forschung und Lehre als Folge der neuen Studienstruktur (Einführung Bachelor/Master), zu erwartendes Wachstum infolge erheblicher Budgetsteigerungen im Wissenschaftshaushalt und bei Drittmitteln für Forschungsvorhaben sowie die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten im Rahmen des lebenslangen Lernens. Darüber hinaus werden zusätzliche Flächen für die mit der Universität verbundenen externen Forschungseinrichtungen, den Wissens- und Technologietransfer, Start-Ups und Wirtschaftskooperationen benötigt.

Dies erfordert allein bis 2012 einen Zuwachs der betrachteten Hauptnutzflächen (HNF) von derzeit rund 263.000 m<sup>2</sup> auf 304.000 m<sup>2</sup>. Bis 2020/2025 ist von einem zusätzlichen Wachstum von 60.000 m<sup>2</sup> HNF auszugehen. Insgesamt ergibt sich daraus gegenüber der heute vorhandenen HNF ein zusätzlicher Bedarf von 102.000 m<sup>2</sup>.

Die Studie berücksichtigt die HNF der Universität inklusive der integrierten Institutionen (z.B. Staats- und Universitätsbibliothek, Studierendenwerk) und externen Forschungseinrichtungen. Nicht einbezogen wurden die Flächen von Universitätseinrichtungen, die in keinem Szenario umziehen werden (z.B. Universitätseinrichtungen in Klein Flottbek, Bahrenfeld oder Bergedorf).

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Wissenschaft hatte in Hamburg lange nicht die Bedeutung und Wahrnehmung, die sie jetzt erfährt! Diese Chance – auch in der Krise – müssen wir nutzen! Gerade jetzt brauchen wir eine Investitions- und Qualitätsoffensive für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Dies gilt insbesondere für die Universität Hamburg. Nur eine gut aufgestellte Universität trägt dazu bei, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den Wohlstand unserer Stadt nachhaltig zu sichern. Wissenschaft in Hamburg muss eine langfristige Zukunfts- und Wachstumsperspektive auf Weltniveau

haben, sie muss ein tragendes Standbein der Metropole werden und eng mit der Wirtschaft verzahnt sein. Hamburg als Uni-Standort muss an Attraktivität gewinnen, sonst können wir nicht zu den Spitzen-Unis in Deutschland und Europa aufschließen. Deshalb müssen wir die Universität Hamburg als fünftgrößte Universität Deutschlands fit machen. Mit der Entwicklungsstudie liegt nun eine Bestandsaufnahme der baulichen Situation der Universität Hamburg vor; Entwicklungsperspektiven werden in vier verschiedenen Szenarien mit allen ihren Möglichkeiten und Herausforderungen dargestellt.

Nachdem nun die Fakten aufbereitet sind, wünsche ich mir einen vorurteilsfreien und konstruktiven Dialog mit den Bürgern unserer Stadt. Denn es handelt sich um eine Entscheidung, die das Gesicht und das Gewicht unserer Stadt die nächsten 100 Jahre prägen wird. Die Investition in eine leistungsfähige Universität ist eine Investition in die Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger. Deshalb soll auch ihr Votum einfließen in die Entscheidung des Senats, die für die zweite Jahreshälfte vorgesehen ist.

Wachsen mit Weitsicht – dies ist unser Leitmotiv. Unser Projekt soll dazu einen Beitrag leisten. Diskutieren Sie mit!“

### **Online-Bürgerforum ab 6. April**

Das dreiwöchige Bürgerforum im Internet startet am 6. April 2009 unter [www.zukunft-uni.hamburg.de](http://www.zukunft-uni.hamburg.de). Hierzu wird es eine gesonderte Pressekonferenz mit Live-Start des Portals geben.

Die Ergebnisse der Entwicklungsstudie als Kurzfassung sowie die Bilder der Studie als hochauflösende Grafik stehen ab sofort im Internet zum Download bereit: [www.bwf.hamburg.de](http://www.bwf.hamburg.de). Ab dem 6. April kann dann auch die Gesamtfassung der rund 600 Seiten starken Entwicklungsstudie in Einzelkapiteln heruntergeladen werden.

### **Anlage: Einzeldarstellung und qualitative Beurteilung der vier Szenarien, Projektbeteiligte**

#### **Rückfragen:**

für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,  
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

02.04.2009/bwf02

## **Wissenschaftsförderungsgesetz beschlossen**

### **Umfassende Modernisierung des Hamburger Hochschulrechts**

**Neben zwingend notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Hamburger Hochschulen gilt es, die Hochschulen auch im strukturell-inhaltlichen Bereich für die Zukunft zu stärken. Der Hamburger Senat hat deshalb den Entwurf eines Gesetzes beschlossen, das unter anderem die Personalstruktur der Hamburger Hochschulen modernisieren soll.**

Ziel des Wissenschaftsförderungsgesetzes ist es, die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Hamburg weiter zu stärken. Hoch qualifizierte Personen sollen attraktive Beschäftigungsbedingungen erhalten. Dazu sollen umfangreiche Reformen auf allen personellen Ebenen der Hochschulen vorgenommen, klare Entscheidungsstrukturen geschaffen und die Internationalisierung vorangebracht werden.

Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen bei entsprechenden wissenschaftlichen Leistungen künftig leichter und nach einheitlichen Kriterien auf eine W2- oder W3-Professur der eigenen Hochschule berufen werden können. Um für Hamburg hervorragende Professorinnen und Professoren im internationalen Wettbewerb „um die Köpfe“ gewinnen zu können, sollen künftig außerordentliche Berufungen zugelassen werden. Mit der Einrichtung von Seniorprofessuren sollen hervorragende Professorinnen und Professoren die Möglichkeit erhalten, bis zum 70. Lebensjahr – unter bestimmten Voraussetzungen auch bis zum 75. Lebensjahr – tätig zu bleiben und so ihre vielfältigen Erfahrungen einzubringen.

Anstelle der bestehenden starren Lehrverpflichtungen sollen künftig Bandbreiten innerhalb eines Rahmens von vier bis vierzehn Lehrveranstaltungsstunden individuell für jede Hochschullehrkraft festgelegt werden. Die künstliche und nicht mehr zeitgemäße Trennung des akademischen Mittelbaus mit unflexibler Aufgabenverteilung soll aufgehoben und der Mittelbau in einer einheitlichen Gruppe zusammengefasst werden. Damit sollen zukünftig für jeden Mitarbeiter individuelle Schwerpunkte in den Bereichen Service, Lehre oder Forschung ermöglicht werden. Des Weiteren wird das Ziel verfolgt, Kompetenzen von Präsidium und

Dekanaten einerseits und von Dekanaten und Fakultätsräten andererseits klarer gegeneinander abzugrenzen. So ist z.B. vorgesehen, dass Berufungsausschüsse zukünftig nur noch von den Dekanaten eingesetzt werden können.

Damit die Hamburger Hochschulen für Absolventen, die eine internationale Karriere anstreben, attraktiver werden, sollen promotionsberechtigte Hochschulen künftig den im anglo-amerikanischen Raum gebräuchlichen Grad „Doctor of Philosophy“ (Ph.D.) verleihen dürfen.

**Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach:** „Die Föderalismusreform hat den Ländern im Bereich des Hochschulrechts umfangreiche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Hamburg kann jetzt endlich die erforderlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland gerne für Tätigkeiten an den Hamburger Hochschulen entscheiden. Mit dem Gesetzentwurf werden den Hochschulen wirksame Instrumente für die Personalgewinnung und Personalbindung an die Hand gegeben. Gleichzeitig wird aber auch der besondere Wert der Hochschulautonomie unterstrichen, da die Hochschulen in vielen Bereichen selbstständig darüber entscheiden, ob sie die Instrumente aufgreifen.“

Die wesentlichen Elemente des Gesetzentwurfes sind in der Anlage näher dargestellt.

**Rückfragen:**

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,  
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: [pressestelle@bwf.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwf.hamburg.de)

## **Anlage**

# **Wesentlichen Elementen des Wissenschaftsförderungsgesetzes**

### **Bessere Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs**

Im internationalen Wettbewerb der Hochschulen um hervorragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler wird der sogenannte „Tenure Track“ immer wichtiger. Mit diesem Instrument erhalten exzellente junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Chance, ihre Karriere an der eigenen Hochschule fortzusetzen. Daher soll es Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei entsprechenden wissenschaftlichen Leistungen künftig erleichtert werden, sich nach einheitlichen Kriterien auf eine W2- oder W3-Professur der eigenen Hochschule berufen zu werden. Für eine Hausberufung sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen. So haben sich die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum Beispiel bei jedem Schritt dem Wettbewerb zu stellen, ebenso wird eine Bereitschaft zur Mobilität erwartet.

### **Einheitlicher akademischer Mittelbau**

Die künstliche und nicht mehr zeitgemäße Trennung des akademischen Mittelbaus in zwei Statusgruppen mit unflexibler Aufgabenverteilung wird aufgehoben. Künftig soll der akademische Mittelbau, also die Ebene der Hochschulmitglieder zwischen den Professorinnen und Professoren und den Studierenden, in einer umfassenden und einheitlichen Gruppe zusammengefasst werden. In dieser Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll die derzeit noch existierende Personalkategorie der Lehrkräfte für besondere Aufgaben aufgehen. Für jeden Mitarbeiter kann so eine individuelle Schwerpunktsetzung in den Bereichen Service, Lehre oder Forschung erfolgen. Diese kann im Laufe des Berufslebens durchaus variieren. Damit wird den Hamburger Hochschulen eine aktive und vorausschauende Personalentwicklung ermöglicht, in deren Rahmen flexibel auf die Erfordernisse der Hochschulen und die persönlichen Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingegangen werden kann.

### **Attraktivere Beschäftigungsbedingungen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Um den Hamburger Hochschulen Vorteile im Wettbewerb um die besten Köpfe zu verschaffen, sollen die Beschäftigungsbedingungen für den akademischen Mittelbau attraktiver gestaltbar werden. So soll es den Hochschulen künftig ermöglicht werden,

wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entweder im Angestellten- oder im Beamtenverhältnis zu beschäftigen. Für Habilitandinnen und Habilitanden sollen künftig Beamtenverhältnisse auf Zeit geschaffen werden. Andere ausgezeichnete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen in Beamtenverhältnissen auf Lebenszeit beschäftigt werden können. Dies beinhaltet eine Laufbahnperspektive bis zu der Besoldungsgruppe A16. Durch diese bedeutenden Verbesserungen der finanziellen und statusrechtlichen Rahmenbedingungen wird die Attraktivität der Tätigkeit an Hamburger Hochschulen für hervorragende wissenschaftliche Nachwuchskräfte gesteigert.

### **Erleichterte Gewinnung exzellenter Spitzenkräfte**

Um Top-Professorinnen und -Professoren für die Hamburger Hochschulen im internationalen Wettbewerb „um die Köpfe“ unter verbesserten Bedingungen gewinnen zu können, sollen künftig außerordentliche Berufungen zulässig sein. Steht aufgrund der exzellenten Qualifikation einer Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers fest, dass es sich um die bestgeeignete Person handelt, soll eine Berufung ohne förmliches Berufungsverfahren bzw. unter Verzicht auf die Ausschreibung ermöglicht werden. Derartige Berufungen dürfen allerdings nur ausnahmsweise erfolgen. Dazu sind in dem Gesetzentwurf unterschiedliche Sicherungsmechanismen vorgesehen.

Auch die Voraussetzungen für die Gewinnung von hervorragendem Personal für hauptamtliche Präsidiums- und Dekanatstätigkeiten sollen verbessert werden. Dazu soll es künftig möglich sein, Bewerberinnen und Bewerber für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Amt die Weiterbeschäftigung als Professorin oder Professor oder in einer anderen Stellung im Hochschuldienst zuzusagen. Dadurch soll verhindert werden, dass exzellente Bewerberinnen und Bewerber auf die Annahme einer Stelle an einer Hamburger Hochschule verzichten, weil sie in einem anderen Bundesland ein unbefristetes Beamten- oder Angestelltenverhältnis aufgeben müssten.

### **Flexibilisierung der Lehrverpflichtung**

Anstelle der bestehenden starren Lehrverpflichtungen sollen für Lehrverpflichtungen künftig Bandbreiten festgelegt werden. So sind etwa Professorinnen und Professoren der Universität Hamburg nach der geltenden Verordnung grundsätzlich verpflichtet, in jedem Semester acht Lehrveranstaltungsstunden pro Woche zu leisten. Künftig soll eine Bandbreite von vier bis vierzehn Lehrveranstaltungsstunden maßgeblich sein. Die Lehrverpflichtungen werden dann innerhalb dieses Rahmens individuell für jede Hochschullehrkraft festgelegt. Durch die Verpflichtung der Hochschulen, die durchschnittliche Lehrverpflichtung grundsätzlich auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten, wird sich jedoch die Lehrleistung insgesamt nicht

verändern. Weitere Bandbreiten sind für andere Hamburger Hochschulen sowie für lehrverpflichtete wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgesehen. Darüber hinaus kann durch quantitative Anpassungen der Lehrverpflichtung auf veränderte Schwerpunktsetzungen im Laufe der Karrieren von Hochschullehrern reagiert werden. Von der Einführung von zwei unterschiedlichen Professorengruppen – der Forschungs- und der Lehrprofessur – wird vor diesem Hintergrund ausdrücklich Abstand genommen.

### **Klarere Abgrenzung der Kompetenzen der Hochschulorgane**

Durch verschiedene Regelungen sollen die Kompetenzen von Präsidium und Dekanaten einerseits und von Dekanaten und Fakultätsräten andererseits verdeutlicht und klarer gegeneinander abgegrenzt werden. So ist vorgesehen, dass Berufungsausschüsse zukünftig nur noch von den Dekanaten eingesetzt werden können. Die Bildung des Berufungsausschusses durch den Fakultätsrat, die gegenwärtig im Gesetz als Ausnahmefall vorgesehen ist, aber in der Praxis in einigen Fakultäten zum Regelfall geworden ist, entfällt. Auch eine funktionsgerechte und wirtschaftliche Verteilung der Verwaltungsaufgaben wird zukünftig erleichtert.

### **Seniorprofessur**

Professorinnen und Professoren bauen während ihres Berufslebens einen vielfältigen Erfahrungsschatz auf. Damit die Hamburger Hochschulen künftig noch besser davon profitieren können, sollen die Möglichkeiten erweitert werden, Professorinnen und Professoren auch über ihr 65. Lebensjahr hinaus zu beschäftigen. So soll die Möglichkeit geschaffen werden, Professorinnen und Professoren bis zum 70. Lebensjahr und unter bestimmten Voraussetzungen sogar bis zum 75. Lebensjahr zu beschäftigen.

### **Einführung des „Ph.D.“**

Hamburger Hochschulen sollen für Absolventen attraktiver werden, die eine internationale Karriere anstreben. Dazu sollen promotionsberechtigte Hochschulen künftig den im anglo-amerikanischen Raum gebräuchlichen Grad „Doctor of Philosophy“ (Ph.D.) verleihen dürfen. Dies ist für die Fächer vorgesehen, in denen der Ph.D.-Grad international üblich ist. Voraussetzung für die Verleihung soll die Teilnahme an forschungsorientierten Doktorandenkollegs sein.

23. März 2009/bksm23

## **Stadtteilkulturpreis 2009 an „East Side Story“**

### **5.000 Euro für das Kinder und Jugendkulturprojekt Lohbrügge Ost**

Bereits zum achten Mal wurde am Montag, den 23. März, der Hamburger Stadtteilkulturpreis vergeben. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis ging an das Projekt „East Side Story“, das Schülern aller Altersstufen in Lohbrügge Ost ein großes stadtteilbezogenes Kulturangebot ermöglichte. Organisiert vom Kulturzentrum LOLA, bot „East Side Story“ den Kindern und Jugendlichen Kurse und Aktivitäten rund um Kunst, Theater, Film, Musik und Tanz sowie einen Geschichtswettbewerb, aus dem die Dokumentation „Weggegangen und angekommen“ über die Migrationswege von Familien aus Lohbrügge Ost entstanden ist.

Nominiert waren außerdem das Buchprojekt „Wilhelmsburg – Hamburgs große Elbinsel“ von der Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg und dem Museum Elbinsel Wilhelmsburg e.V., aus dem ein Buch über die Geschichte der größten bewohnten Flussinsel Europas hervorgegangen ist, sowie das „Angebot für ältere Menschen mit Behinderungen in der Region Walddörfer“ in der Begegnungsstätte Bergstedt, das sich der Integration von älteren Menschen mit Behinderung durch kulturelle Freizeitgestaltung widmet.

Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck: „Eine ausgeprägte Stadtteilkultur ist besonders in Einwandererstädten wie Hamburg entscheidend für die Lebensqualität und die Identität der Bewohner. Die Hamburger Stadtteilkulturszene ist von großer Kreativität und Offenheit geprägt, der Einsatz und die Hingabe der vielen Akteure beeindruckten mich immer wieder aufs Neue. Die deutlichen finanziellen Erhöhungen für diesen Bereich im Doppelhaushalt 2009/2010 unterstreichen die Bedeutung der Geschichtswerkstätten, Stadtteilkulturzentren und –projekte für das gemeinsame Miteinander in unserer Stadt.“

Mit dem Hamburger Stadtteilkulturpreis werden Projekte und Initiativen ausgezeichnet, die durch ihre Idee und ihre Resonanz ein besonders gutes Beispiel für andere Stadtteile darstellen. Der Stadtteilkulturpreis wird seit 2002 vom Hamburger Wochenblatt-Verlag gestiftet und in Zusammenarbeit mit der Hamburgischen Kulturstiftung, dem Landesverband Stadtkultur, der Patriotischen Gesellschaft von 1765 und der Behörde für Kultur, Sport und Medien ausgelobt und verliehen.

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen

Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien

040 – 428 24 293

31. März 2009/bksm31

## **Hamburg bewirbt sich um Ruder World Cup 2011 und die Ruder Europameisterschaft 2011**

### **Ausbau der Regatta-Strecke in Hamburg-Allermöhe noch in diesem Jahr**

Zusammen mit der Freien und Hansestadt Hamburg bewirbt sich der Allgemeine Alster-Club (AAC)/Norddeutscher Ruderer-Bund (NRB) für das Jahr 2011 um die Ausrichtung des Ruder World Cups und der Ruder Europameisterschaft. Dabei sieht die Bewerbung vor, je nach entsprechendem Zuschlag alternativ eine der beiden Veranstaltungen durchzuführen.

Um die Anforderungen des Weltruderverbands FISA (Fédération Internationale des Sociétés d’Aviron) zur Ausrichtung dieser hochkarätigen Wettkämpfe zu erfüllen, soll die Hamburger Regattastrecke in Hamburg-Allermöhe noch in diesem Jahr zu einer Strecke mit internationalem Standard umgebaut werden. Wesentliche Bestandteile werden der Neubau des Zielturms und der Ausbau der Strecke von sechs auf acht Bahnen sein.

Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck: „Die Wasserlage gehört zu Hamburgs größten Reizen. Unsere Stadt ist wie geschaffen für alle Sportarten, die im und auf dem Wasser stattfinden. Rudern hat in Hamburg eine weitreichende Tradition und fällt als Schwerpunktsportart in die Spitzeförderung des Hamburger Sportbunds. Die Ausrichtung einer dieser beiden Ruderwettbewerbe würde, ebenso wie die Schwimm-WM, sehr gut in das Konzept der Sportstadt Hamburg passen. Die idyllische Lage der Regatta-Strecke in Hamburg-Allermöhe würde darüber hinaus unvergleichliche Bilder der grünen Seiten unserer Stadt in alle Welt liefern.“

Die Entscheidung über die Vergabe für den World Cup 2011 wird die FISA am 31. August 2009, im Rahmen Ruder Weltmeisterschaft im polnischen Posen, bekannt geben. Sollte diese Bewerbung nicht erfolgreich sein, muss bis zum 19. September 2009 gewartet werden, wenn während der Ruder Europameisterschaft 2009 im weißrussischen Brest die Vergabe der Europameisterschaft 2011 bekannt gegeben wird.

Für Rückfragen:  
Kai-Uwe Inselmann  
Pressesprecher Sport  
Pressestelle der Behörde für Kultur, Sport und Medien  
040 -428 24 214

1. April 2009/bsg01

## **Neuer betriebswirtschaftlicher Geschäftsführer bei der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten**

**Gerald Krämer wird zum 1. Juli 2009 Nachfolger von Dr. Martin Schaedel**

**Der Aufsichtsrat der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH hat Gerald Krämer heute zum neuen betriebswirtschaftlichen Geschäftsführer bestellt. Der 46jährige tritt seine Aufgabe am 1. Juli 2009 an und wird damit Nachfolger von Dr. Martin Schaedel, der das Unternehmen nach 18 Jahren verlässt.**

Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert und Vorsitzende des Aufsichtsrates der Vereinigung: „Dr. Schaedel hat in den vergangenen 18 Jahren mit viel Einsatz dazu beigetragen, die Vereinigung zu dem zu machen, was sie heute ist. Hierfür und für die gute Zusammenarbeit danke ich ihm und reiche seinem Nachfolger Herrn Krämer die Hand, diesen Weg weiter partnerschaftlich zu gehen.“

Mit Herrn Krämer konnte für die Vereinigung eine Führungspersönlichkeit gewonnen werden, die auf vielen Gebieten der betriebswirtschaftlichen Steuerung umfassende Kenntnisse und Erfahrungen erworben hat. Zuletzt war er Kaufmännischer Vorstand der Diakonie in Düsseldorf mit rund 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Herr Krämer wurde 1963 in Düsseldorf geboren, er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH ist ein öffentliches Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg in privater Rechtsform. Es betreut mehr als 23.500 Kinder in 173 Kindertagesstätten und beschäftigt rund 4.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### **Für Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: [pressestelle@bsg.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsg.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsg/](http://www.hamburg.de/bsg/)

23. März 2009/fb23



## **Deutschlandweites Projekt „Einheitliche Behördennummer 115“ startet am 24. März 2009 auch in Hamburg**

Ab 24. März 2009 werden deutschlandweit 10 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Modellregionen die Verwaltung mit der einheitlichen Behördennummer 115 erreichen können. Zunächst werden zeitgleich Berlin, Hamburg, Hessen und zahlreiche Städte in Nordrhein-Westfalen als erste der am Projekt beteiligten Modellregionen die „115“ freischalten. Während des auf zwei Jahre angesetzten Pilotbetriebs werden nach und nach weitere Kommunen und Regionen aus ganz Deutschland hinzukommen. Auch die angebotenen Dienstleistungen werden fortlaufend erweitert.

**Finanzsenator Dr. Michael Freytag: „Hamburg setzt auf mehr Bürgernähe. Wir sorgen für den direkten Draht zur Verwaltung. ob persönlich, telefonisch und per Internet. Weil die Bürger am liebsten zum Hörer greifen, um die Behörden zu erreichen, ist Hamburg jetzt unter 115 schnell und komfortabel erreichbar.“**

Für Hamburg nimmt Staatsrat Dr. Robert Heller morgen an der zentralen Eröffnungsveranstaltung für D115 zusammen mit Vertretern der übrigen Modellregionen und dem Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin teil.

Der Betrieb von „115“ wird organisatorisch vom Bezirksamt Wandsbek betreut werden, wo man mit dem Telefonischen HamburgService bereits einige Erfahrung mit diesem Segment des Bürgerservice vorweisen kann.

**Cornelia Schroeder-Piller, Leiterin des Bezirksamtes Wandsbek: „Der ‚kurze Draht‘ zu allen Behörden Deutschlands bietet nicht nur Bürgern und Unternehmen große Vorteile. Auch wir als direkter Ansprechpartner können so schnell feststellen, welche Themen die Menschen bewegen und wo die Verwaltung gefordert ist. Ich freue mich,**

**dass Wandsbek sich mit dem Telefonischen HamburgService an dem Modellprojekt beteiligt und damit seine Kundenfreundlichkeit weiter ausbaut.“**

### **Der Service:**

Die „115“ ist eine einheitliche und leicht zu merkende Behördenrufnummer, über die Bürger und Unternehmen sich direkt über Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung informieren können. Der Service kostet 7 ct/min. aus dem Festnetz der Deutschen Telekom.

Der Service bietet folgendes an:

- Einen bundesweiten Auskunftsservice über die TOP 100 der am meisten von den Bürgern nachgefragten Dienstleistungen
- Erreichbarkeit von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr
- Entgegennahme von 75 Prozent der 115-Anrufe innerhalb einer Frist von 30 Sekunden durch Mitarbeiter in einem D115-Servicecenter
- Beantwortung von 55 Prozent der 115-Anrufe beim ersten Anruf
- Sollte ein Anruf nicht sofort beantwortet werden können, erhält der Anrufer innerhalb von 24 Stunden während der Servicezeiten eine Rückmeldung – je nach Wunsch per E-Mail, Fax oder Rückruf.

### **Wie es zu dem Projekt kam:**

Das Projekt D115 ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich die Verwaltungen in Deutschland zunehmend behörden- und ebenenübergreifend vernetzen. Bei der Entwicklung wurde auch maßgeblich auf die Expertise und Erfahrungen in Hamburg zurückgegriffen. Mit der „115“ werden Abbau von Bürokratie und Bürgernähe gefördert.

Hamburg setzt bei seiner E-Government-Strategie auf vielseitige Kommunikationskanäle zwischen den Bürgern, den Unternehmen und der Verwaltung. Der Ausbau des telefonischen Zugangs zur Stadt – der am meisten von allen Zugängen genutzt wird – ist ein wichtiges Modernisierungsthema. Bei der „115“ wird es ein Qualitätsmanagement geben, das Trends der jeweiligen Zielgruppen (Bürger, Wirtschaft) aufnimmt. So können die Services innerhalb der Modellregionen standardisiert und fortgeschrieben werden.

Im Laufe der Pilotphase wird über eine Erweiterung des Leistungsangebots sowie die flächendeckende Erreichbarkeit der „115“ über das gesamte Bundesgebiet zu entscheiden

sein. Grundlage hierfür ist ein erfolgreicher Start in den Pilotbetrieb und eine entsprechend hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Laut einer repräsentativen Umfrage des Bundesverbandes der IT-Wirtschaft BITKOM wollen 80 Prozent der Bundesbürger den Service zukünftig nutzen.

**Rückfragen:**

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker  
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556  
E-Mail: [daniel.stricker@fb.hamburg.de](mailto:daniel.stricker@fb.hamburg.de)

Bezirksamt Wandsbek  
Dezernentin für Bürgerservice, Gudrun Moritz  
Schloßstraße 60  
22041 Hamburg  
Tel.: (040) 428 81 - 2216  
E-Mail: [gudrun.moritz@wandsbek.hamburg.de](mailto:gudrun.moritz@wandsbek.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 6. April bis 8. April 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

### Montag, den 06.04.2009

mehrtägig

Serbien, Bosnien-Herzegowina  
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt vom **06.-09.04.2009** an der **Delegationsreise des Ständigen Beirats des Bundesrates nach Serbien und Bosnien-Herzegowina** teil.

18:00

Hauptkirche St. Jacobi  
Senator Dietrich Wersich überreicht das **Bundesverdienstkreuz am Bande** an die **Gründerin von „wellcome“ Rose Volz-Schmidt** für ihr herausragendes Engagement zur Umsetzung des ehrenamtlichen Hilfsangebotes für junge Familien.

19:30

Hotel Grand Elysée  
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Feier „50 Jahre Landespressekonferenz Hamburg“**.

Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senatorin Anja Hajduk, Senator Dr. Till Steffen, Senator Christoph Ahlhaus, Staatsräte Dr. Stephan Hugo Winters, Christian Maaß, Ulrich Vieluf, Bernd Reinert, Dr. Manfred Jäger und Dr. Stefan Schulz nehmen teil.

### Dienstag, den 07.04.2009

14:30

Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 13  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **3. Wilhelmsburger Kinderforscherwoche**.

19:15

Bezirksamt Altona, Platz der Republik 1  
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt an dem **Frühlingsempfang des Bezirksamtes Altona** teil und spricht ein Grußwort.

Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert, Staatsrat Dr. Michael Voges und Staatsrat Dr. Manfred Jäger nehmen teil.

### Mittwoch, den 08.04.2009

10:00

Ganztagsschule in St. Pauli, Friedrichstraße 55, 20359 Hamburg  
Staatsrat Dr. Manfred Jäger eröffnet mit einem Grußwort die **Turnierserie „Straßenfußball für Toleranz“**.

11:00

UKE, neues Gebäude Campus Lehre, Martinistr. 52, Gebäude N55  
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich der **Einweihung des neuen CAMPUS Lehre**.

Staatsrat Bernd Reinert nimmt teil.

- 13:00** Öffentliche Rechtsauskunft, Dammtorstraße 14  
Senator Dietrich Wersich und Senator Dr. Till Steffen sprechen ein Grußwort  
anlässlich **der Neueröffnung der Geschäftsstelle der Öffentlichen  
Rechtsauskunft nach dem Umzug an die neue Adresse.**
- 16:00** Freiwillige Feuerwehr Neuenfelde Nord, Hamburg  
Senator Christoph Ahlhaus spricht ein Grußwort bei der **Einweihung des  
Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Neuenfelde Nord.**